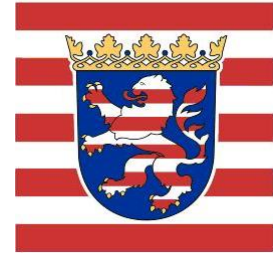




HESSEN



Bericht aus Brüssel

09/2021 vom 07.05.2021

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Corona.....	3
Außen- und Verteidigungspolitik.....	5
Europäisches Parlament.....	7
Ausschuss der Regionen.....	9
Wirtschaft.....	10
Verkehr.....	16
Energie.....	18
Digital.....	19
Forschung.....	20
Finanzdienstleistungen.....	22
Finanzen.....	23
Soziales.....	24
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	24
Umwelt.....	26
Landwirtschaft.....	28
Justiz.....	31
Inneres.....	31
Bildung und Kultur.....	34
Information, Kommunikation und Medien.....	34
EU-Förderprogramme.....	35
Veranstaltungen.....	37
Vorschau.....	38

Institutionelles

Kommission; Mitteilung zur besseren Rechtsetzung

Am 29.04.2021 hat die Kommission eine Mitteilung über bessere Rechtsetzung angenommen, in der sie mehrere Verbesserungen für das bestehende Rechtsetzungsverfahren der EU vorschlägt. Dabei soll es u.a. um die Beseitigung von Hindernissen und Bürokratie gehen, die Investitionen in die Infrastruktur des 21. Jahrhunderts verlangsamen. Zudem sollen öffentliche Konsultationen vereinfacht werden, in dem sie in Zukunft auf einer einzigen Einholung von Erkenntnissen beruhen werden. Des Weiteren sollen besonders kleine und mittlere Unternehmen entlastet werden, indem der „One-in-one-out“ Grundsatz eingeführt wird. Dieser besagt, dass neu eingeführte Belastungen durch eine Verringerung bereits bestehender Belastungen in demselben Politikbereich ausgeglichen werden. Diese Maßnahmen werden außerdem durch die durchgängige Berücksichtigung der Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung und die Einbeziehung der strategischen Vorausschau in die Politikgestaltung unterstützt.

https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/better_regulation_joining_forces_to_make_better_laws_en_0.pdf

EP; Konferenz zur Zukunft Europas: Kampagnenmaterial

Vor dem Hintergrund der Konferenz zur Zukunft Europas bestünde der erste Schritt in eine bessere Zukunft darin, sie sich gemeinsam vorzustellen. Alle Europäerinnen und Europäer, unabhängig von Alter, Geschlecht, Bildung oder Einkommen, seien eingeladen, sich Gehör zu verschaffen und ihre Ansichten und Sorgen über die EU zu teilen. Das EP stellte dafür Kampagnenmaterial für die Konferenz zur Zukunft Europas zusammen und zum Download bereit. Damit können Menschen in der EU ihr Umfeld dazu motivieren, die Zukunft der EU mitzugestalten. Mit dem herunterladbaren Bildmaterial könne das jeweilige Umfeld auf die Konferenz aufmerksam und dazu ermutigt werden, ihre Ideen zur Zukunft Europas auf der digitalen Plattform der Konferenz zu verbreiten.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/eu-affairs/20210420STO02415/konferenz-zur-zukunft-europas-kampagnenmaterial>

Corona

Kommission; Bekämpfung von Desinformationen über COVID-19-Impfstoffe

Die Kommission hat am 29.04.2021 die Berichte der Unterzeichner des EU-Verhaltenskodex gegen Desinformationen über ihre im März 2021 ergriffenen Maßnahmen zur Bekämpfung von Desinformationen über COVID-19-Impfstoffe veröffentlicht. Seit Juni 2020 berichten die Unternehmen Facebook, Google, Microsoft, Twitter und TikTok monatlich über ihre Maßnahmen gegen falsche Informationen in Bezug auf die Pandemie. Den neuen Berichten zufolge versieht Twitter Tweets, die

Gerüchte, strittige Behauptungen sowie unvollständige oder aus dem Zusammenhang gerissene Informationen über Impfstoffe verbreiten, inzwischen mit Warnungen. TikTok berichtet, dass mehr als 7.500 Videos mit Wörtern oder Hashtags im Zusammenhang mit Impfstoffen in der EU mit einem Warnhinweis versehen wurden. Google baute nach eigenen Angaben eine Funktion weiter aus, die als Reaktion auf die Suche nach Informationen über Coronavirus-Impfstoffe eine Liste mit zugelassenen Impfstoffen und Statistiken anzeigt.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/library/reports-march-actions-fighting-covid-19-disinformation-monitoring-programme>

Europäischer Auswärtiger Dienst; Desinformationskampagnen von Drittstaaten über COVID-19

Der Europäische Auswärtigen Dienst (EAD) hat am 28.04.2021 neue Informationen zu Desinformationskampagnen von Drittstaaten betreffend COVID-19 im Zeitraum Dezember 2020 bis April 2021 veröffentlicht. Danach werden nach wie vor in erheblichem Ausmaß Desinformationen über die Pandemie, Maßnahmen zu ihrer Eindämmung und die Impfstrategien veröffentlicht. Seit Jahresbeginn 2021 haben, so der EAD, staatlich gesteuerte Desinformationen zugenommen, insbesondere hinsichtlich von in westlichen Ländern entwickelten Impfstoffen. Die sog. „Impfstoffdiplomatie“ sei an die Stelle der zuvor ausgeübten „Masken-Diplomatie“ getreten. Vor allem Russland und China werben nach EAD-Angaben weiterhin weltweit intensiv für ihre eigenen, staatlich produzierten Impfstoffe. Sie kombinieren diese Initiativen mit Desinformations- und Manipulationskampagnen, um das Vertrauen in Impfstoffe westlicher Länder, in die EU-Institutionen und in westliche bzw. europäische Impfstrategien zu untergraben. Beide Staaten nutzten staatlich kontrollierte Medien, Netzwerke von Stellvertretermedien und soziale Medien, einschließlich offizieller diplomatischer Social-Media-Accounts, um diese Ziele zu erreichen. Seit Anfang 2021 hat der EAD mehr als 100 neue Beispiele für krenlfreundliche Desinformationsbehauptungen über Impfungen registriert.

<https://euvsdisinfo.eu/uploads/2021/04/EEAS-Special-Report-Covid-19-vaccine-related-disinformation-6.pdf>

Kommission; Vorlage eines neuen Vorschlags für Einreisen aus Drittstaaten

Die Kommission hat am 03.05.2021 einen neuen Vorschlag für die Einreise aus Drittstaaten vorgelegt. Mit dem Vorschlag soll die Einreise von Nicht-Unionsbürgern auch bei nicht essentiellen Reisen ermöglicht werden und dies unabhängig von der epidemiologischen Lage in den jeweiligen Drittstaaten. Voraussetzung in diesen Fällen ist es, dass die betreffenden Personen mit einem in der EU zugelassenen Impfstoff die Anzahl der empfohlenen Impfdosen bereits 14 Tage vor Einreise in die EU absolviert haben. Für die Mitgliedstaaten (MS) wird zudem ein Ermessensspielraum eröffnet, die Liste der entsprechenden Impfstoffe auf jede zu erweitern, die bereits auf von der Weltgesundheitsorganisation WHO bereits für eine Notfallzulassung gelistet sind. Zudem sieht der Vorschlag vor, dass die MS eine „Notbremse“ für die Einreise aus Drittstaaten ziehen können, in denen Virusvarianten grassieren.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_21_2121

Kommission; Vorlage einer Strategie zu Therapeutika für COVID-19 Erkrankungen

Die Kommission hat am 06.05.2021 eine EU-Strategie zur Entwicklung und Verfügbarkeit von Therapeutika vorgelegt. Ziel ist es, die Forschung und Entwicklung sowie die Verfügbarkeit von Arzneimitteln und Therapien für COVID-19 und der Folgeerkrankung „Long-Covid“ voranzutreiben. Dies soll mit unterschiedlichen förderpolitischen und regulatorischen Maßnahmen geschehen. Als konkretes Ziel wird

mit der Strategie die Zulassung von drei Therapeutika bis Oktober 2021 gesetzt. Darüber hinaus soll in diesem Rahmen auch die Frage der Lieferketten von Arzneimitteln und deren gemeinsame Beschaffung auf europäischer Ebene adressiert werden.

https://ec.europa.eu/germany/news/20210506-medikamente-covid_de

Außen- und Verteidigungspolitik

Rat; Beschluss über Abschluss des Handels- und Kooperationsabkommens EU-GBR

Am 29.04.2021 hat der Rat den Beschluss über den Abschluss des Handels- und Kooperationsabkommens zwischen der EU und GBR angenommen. Für die EU war dies der letzte Schritt bei der Ratifizierung des Abkommens, nachdem das EP bereits am 27.04.2021 im Plenum zugestimmt hatte. Der Beschluss ist bereits im Amtsblatt der EU veröffentlicht und ist damit seit dem 01.05.2021 rechtskräftig. GBR wurde anschließend der Abschluss der EU-internen Ratifizierung mitgeteilt, sodass die Vertragstexte des Abkommens, der Text des Nordirland-Protokolls und entsprechende Begleittexte vor Monatsende Mai ebenfalls im Amtsblatt der EU veröffentlicht werden können.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-5022-2021-REV-3/de/pdf>

EP; EntschlieÙung zur Lage in Russland

Am 29.04.2021 hat das EP eine EntschlieÙung über die Situation in Russland, den Fall Alexej Nawalnyj, die russischen Truppenbewegungen an der ukrainischen Grenze und die russischen Angriffe in der Tschechischen Republik angenommen. Die Abgeordneten untermauerten ihre Unterstützung für die Unabhängigkeit und Souveränität der Ukraine. Das EP bedaure den momentanen Stand der Beziehungen der EU zu Russland, der in Aggressionen und konstante Destabilisierungsmaßnahmen der Russischen Föderation begründet liege. Die Abgeordneten seien höchst besorgt über die kürzlich durchgeführten russischen Truppenbewegungen hin zur ukrainischen Grenze und zur illegal annektierten Halbinsel Krim. Die EU-Institutionen und die Mitgliedstaaten müssten auch in Zukunft sehr genau beobachten, wie sich die menschenrechtliche Lage in Russland entwickle. Dies schlieÙe den Fall Nawalnyj ausdrücklich mit ein. Zudem verurteile das EP die durch den russischen Geheimdienst verursachte Explosion in einem tschechischen Munitionslager, die als Verletzung der tschechischen Souveränität gewertet werde.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/RC-9-2021-0236_EN.html

Kommission; EU verurteilt die illegalen Aktivitäten Russland in CZR

Am 29.04.2021 hat der Hohe Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, in einer Erklärung verlauten lassen, dass die EU zutiefst besorgt sei über die grobe Verletzung des Völkerrechts und der Souveränität der CZR. Russland müsse von solchen Aktivitäten Abstand nehmen, die die Sicherheit und Stabilität in Europa bedrohen und den internationalen Verpflichtungen Russlands zuwiderlaufe. Die EU verurteile die unverhältnismäßigen Reaktionen und die nachfolgenden Drohungen der Russischen Föderation gegenüber CZR. Eine mehrjährige Untersuchung durch tschechische Sicherheitskräfte habe im April 2021 ergeben, dass russische Geheimdienste für die Explosion verantwortlich zu machen seien.

https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2021/04/21/russia-declaration-by-the-high-representative-on-behalf-of-the-european-union-in-solidarity-with-the-czech-republic-over-criminal-activities-on-its-territory/?utm_source=dsms-

[auto&utm_medium=email&utm_campaign=Russia%3a+Declaration+by+the+High+R
epresentative+on+behalf+of+the+European+Union+in+solidarity+with+the+Czech+R
epublic+over+criminal+activities+on+its+territory](https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2021/04/30/myanmar-burma-declaration-by-the-high-representative-on-behalf-of-the-eu-on-the-outcome-of-the-asean-leaders-meeting/)

Kommission; Erklärung zu den Ergebnissen des ASEAN-Gipfeltreffens

Am 30.04.2021 veröffentlichte der Hohe Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, eine Erklärung zu den Ergebnissen des ASEAN-Gipfeltreffens zur Lage in Myanmar. Der Fünf-Punkte-Konsens, der auf dem Treffen der Staats- und Regierungschefs der ASEAN-Mitglieder erzielt wurde, sei ein positiver und wichtiger erster Schritt in Richtung Deeskalationsprozess und zurück zur Demokratie in Myanmar. Die EU unterstreiche die Notwendigkeit einer zügigen und gewissenhaften Umsetzung dieses Konsenses. Die EU sei bereit, ASEAN und seine Mitglieder dabei zu unterstützen, einen konstruktiven Dialog mit allen wichtigen Akteuren zu ermöglichen, um Myanmar wieder auf seinen demokratischen Weg zu bringen. Die EU stehe solidarisch an der Seite all jener, die für demokratische Verhältnisse unter Achtung der Menschenrechte in Myanmar einstünden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2021/04/30/myanmar-burma-declaration-by-the-high-representative-on-behalf-of-the-eu-on-the-outcome-of-the-asean-leaders-meeting/>

Kommission; Einbestellung des russischen Botschafters bei der EU

Am 03.05.2021 haben die Generalsekretärin der Kommission, Ilze Juhansone, und der Generalsekretär des Europäischen Auswärtigen Dienstes, Stefano Sannino, den Botschafter der Russischen Föderation bei der EU, Wladimir Tschischow, einbestellt. Die EU-Offiziellen verurteilten damit die Entscheidung der russischen Behörden vom Freitag zuvor, acht Staatsangehörigen der EU die Einreise in das Hoheitsgebiet Russlands zu untersagen. Sie wiesen ferner darauf hin, dass sich die EU das Recht vorbehalte, in Reaktion auf die Vorkommnisse geeignete Maßnahmen zu ergreifen. Zuvor (30.04.2021) hatten die Kommission, das EP und der Rat eine gemeinsame Erklärung abgegeben, in der die drei EU-Institutionen die Entscheidung Russlands verurteilten und mit einer entsprechenden Reaktion drohten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_2203

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/STATEMENT_21_2096

Kommission; Verhandlungen über Rahmenabkommen mit der Schweiz stocken

Am 23.04.2021 reiste der Schweizer Bundespräsident, Guy Parmelin, nach Brüssel, um mit der Kommissionpräsidentin Ursula von der Leyen über den Rahmenvertrag zwischen der EU und der Schweiz zu verhandeln. Dieser soll die Vielzahl an bilateralen Abkommen zwischen der EU und der Schweiz unter einem Dach vereinen. Da die Verhandlungen bereits in den zurückliegenden Jahren keine wesentlichen Fortschritte gemacht hatten und die Schweiz auch weiterhin darauf bestand, die wichtigen Streitfragen über Gehälter und entsandte Arbeitnehmer sowie staatliche Beihilfen und Freizügigkeit auszuklammern, kamen auch die diesjährigen Verhandlungen zu keinen neuen Fortschritten. Von der Leyen kommentierte die Verhandlungen, in dem sie sich auf die tiefen, engen und wichtigen Beziehungen der Schweiz mit der EU berief und untermauerte, dass diese Verbindung zukünftig von einem rechtssicheren und stabilen Rahmenvertrag gestützt werden sollte. Sie mahnte beide Seiten zur Kompromissbereitschaft und zeigte sich positiv, dass diese Kompromisse auch bald gefunden werden können. Dazu brauche es lediglich etwas mehr Flexibilität auf beiden Seiten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/statement_21_1904

Plenarsitzung des Europäischen Parlaments vom 26.-29.04.2021 in Brüssel

EP stimmt Abkommen zwischen EU und Vereinigtem Königreich zu

Das EP hat am 27.04.2021 dem Handels- und Kooperationsabkommen mit GRB mit einer fraktionsübergreifenden Mehrheit von 660 – 5 – 32 zugestimmt. Das EP nahm darüber hinaus eine Entschließung zur Bewertung des Abkommens an, in der es auf dessen vollständige Umsetzung besteht und die Rolle des Parlaments bei der Kontrolle der praktischen Anwendung der Abkommen betont. Die Entschließung zur Bewertung des Abkommens wurde mit einer Mehrheit von 578 – 51 – 68 angenommen (siehe Beitrag unter „Institutionelles“).

Digitales grünes Zertifikat: Abstimmung über Verhandlungsmandat

Am 28.04.2021 hat das EP seine Verhandlungsposition zum Vorschlag für ein Zertifikat angenommen, das das Recht auf Freizügigkeit in Europa während der Pandemie bekräftigen soll. Der Text wurde mit einer Mehrheit von 540 - 80 - 70 angenommen. Sowohl das EP als auch der Rat sind nun bereit, mit den Verhandlungen zu beginnen. Ziel ist es, noch vor der Sommerreisezeit eine Einigung zu erzielen. Die Abgeordneten waren sich einig, dass das neue Zertifikat "COVID-19-Zertifikat der EU" heißen müsse – und nicht wie von der Kommission vorgeschlagen "Digitalen „Grünes Zertifikat.“ Auch solle das Zertifikat für 12 Monate und nicht länger gelten. Das Dokument, in digitaler oder in Papierform, soll bescheinigen, dass eine Person gegen das Coronavirus geimpft wurde, oder im Besitz eines aktuellen negativen Testergebnisses oder von einer Infektion genesen ist. Inhaber eines COVID-19-Zertifikats der EU sollten keinen zusätzlichen Reisebeschränkungen wie Quarantäne, Selbstisolierung oder Tests unterworfen werden, so das EP. Die Abgeordneten betonen außerdem, dass die EU-Mitgliedstaaten "für allgemeinen, leichten, zeitnahen und kostenlosen Zugang zu COVID-19-Tests" sorgen sollten, um eine Diskriminierung von nicht geimpften Personen und aus wirtschaftlichen Gründen zu vermeiden. Die Zertifikate werden überprüft, um Betrug und Fälschungen zu verhindern, ebenso wie die Echtheit der elektronischen Siegel, die in dem Dokument enthalten sind. Die Speicherung von im Zertifikat enthaltenen personenbezogenen Daten durch einen Bestimmungsmitgliedstaat ist untersagt, und es wird keine zentrale Datenbank auf EU-Ebene eingerichtet. Die Liste der Stellen, die Daten verarbeiten und empfangen werden, wird öffentlich sein, so dass die Bürger ihre Datenschutzrechte gemäß der Datenschutz-Grundverordnung wahrnehmen können.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0145_DE.html

EU-Forschungsprogramm „Horizont Europa“

Am 27.04.2021 hat das EP das Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa im Rahmen des Berichts von MdEP Dan Nica (S&D/ROM) und MdEP Christian Ehler (EVP/DEU) in zweiter Lesung angenommen. Horizont Europa ist insgesamt mit 95,5 Mrd. EUR ausgestattet, einschließlich 5,4 Mrd. EUR aus dem Aufbauplan „NextGenerationEU“ und zusätzlichen 4 Mrd. EUR aus dem mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der EU (siehe Beitrag unter „Forschung“).

Das Europäische Technologieinstitut

Am 27.04.2021 haben die Abgeordneten auch die neuen Prioritäten für das Europäische Technologieinstitut (EIT) angenommen, das die europäische Grundlagenforschung besser in erfolgreiche praktische Anwendungen umsetzen soll (siehe Beitrag unter „Forschung“).

Terroristische Online-Inhalte: Entfernung innerhalb einer Stunde

Am 29.04.2021 hat das EP im Rahmen des Berichts von MdEP Patryk Jaki (ECR/POL) neue Regeln zur Verhinderung der Verbreitung von terroristischen Inhalten im Internet gebilligt (siehe Beitrag unter „Inneres“).

Europäischer Verteidigungsfonds

Die Abgeordneten haben am 29.04.2021 im Rahmen des Berichts von MdEP Zdzisław Krasnodębski (ECR/POL) den Europäischen Verteidigungsfonds in zweiter Lesung verabschiedet (siehe Beitrag unter „Außen- und Verteidigungspolitik“).

LIFE-Programm: Investitionen von 5,4 Mrd. EUR in Klima- und Umweltprojekte

Am 29.04.2021 hat das EP in zweiter Lesung das Programm für die Umwelt und Klimapolitik (LIFE) 2021-2027 angenommen. Der im mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 für LIFE vorgesehene Gesamthaushalt beläuft sich auf 5,4 Mrd. EUR (zu jeweiligen Preisen), wovon 3,5 Mrd. EUR für Umwelt- und 1,9 Mrd. EUR für Klimaschutz vorgesehen sind (siehe Beitrag unter „Umwelt“).

Verbesserte EU-Katastrophenprävention, -vorsorge und -bewältigung

Das EP hat am 27.04.2021 im Rahmen des Berichts von MdEP Nikos Androulakis (S&D/GRI) das erneuerte Katastrophenschutzverfahren der Union, das auf den Erfahrungen mit der Corona-Pandemie aufbaut, angenommen (siehe Beitrag unter „Inneres“).

Ein gemeinsames verbindliches Transparenzregister für die EU-Institutionen

Mit dem Bericht von MdEP Danuta Hübner (EVP/POL) wurde das verpflichtende Transparenzregister am 27.04.2021 vom Plenum mit einer fraktionsübergreifenden Mehrheit von 645 - 5 - 49 angenommen. Das verstärkte Transparenzregister gilt für die Kommission, das EP und erstmals auch für den Rat. Andere Institutionen und Einrichtungen der EU können es ebenfalls freiwillig nutzen. Jede unterzeichnende Institution macht die Registrierung von Interessenvertretern zur Voraussetzung für bestimmte Aktivitäten und kann ergänzende Transparenzmaßnahmen ergreifen. Alle Maßnahmen müssen auf einer eigenen Webseite öffentlich zugänglich gemacht werden. Aktivitäten zur Beeinflussung der Entscheidungsprozesse oder der Formulierung oder Umsetzung von Richtlinien oder Rechtsvorschriften auf EU-Ebene fallen in den Geltungsbereich des Transparenzregisters. Die Behörden der Mitgliedstaaten und ihre Gebietskörperschaften (einschließlich ihrer Auslandsvertretungen) sind von der Registrierungspflicht ausgenommen, ebenso wie alle Behördenverbände auf europäischer und nationaler Ebene und auf Ebene der Gebietskörperschaften, sofern sie ausschließlich im Namen der betreffenden Behörden handeln. Auch Landtage sind von der Registrierungspflicht ausgenommen.
https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0130_DE.html

Bis zu 1,86 Mrd. Euro zur Förderung von Demokratie und Grundrechten in der EU

Am 28.04.2021 nahm das EP das Programm „Rechte und Werte“ zur Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, justizieller Zusammenarbeit und Grundrechten in der EU in zweiter Lesung an. Das neue Programm „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ zielt auf den Schutz und die Förderung der in den EU-Verträgen verankerten Rechte und Werte ab, um eine tragfähige Basis für eine offene, demokratische und inklusive Gesellschaft zu sichern. Es werden vier spezifische Ziele verfolgt: (1) Förderung von Gleichstellung und Rechten (Gleichstellung der Geschlechter, Gleichbehandlung, Rechte des Kindes), (2) Förderung der Bürgerbeteiligung und der Teilhabe am demokratischen Leben der Union (Aktionsbereich Bürgerbeteiligung und Teilhabe), (3) Bekämpfung von Gewalt,

insbesondere gegen Kinder und Frauen (Aktionsbereich Daphne) und (4) Schutz und Förderung der Werte der Union (Aktionsbereich Werte der Union). Dieser Aktionsbereich zielt insbesondere auf die Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ab.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0137_DE.html

Erneuerung des EU-Weltraumprogramms

Das EU-Weltraumprogramm 2021-2027, das am 28.04.2021 im Rahmen des Berichts von MdEP Massimiliano Salini (EVP/ITL) in zweiter Lesung angenommen wurde, soll Projekte finanzieren, die hochwertige Weltraumdaten sowie Dienste mit wichtigem sozioökonomischen Nutzen und Potenzial für die Schaffung von Arbeitsplätzen bereitstellen (siehe Beitrag unter „Wirtschaft“).

Binnenmarktprogramm

Das EP hat am 27.04.2021 im Rahmen des Berichts von MdEP Brando Benifei (S&D/ITL) in zweiter Lesung das EU-Binnenmarktprogramm verabschiedet. Das übergeordnete Ziel des 4,2 Mrd. EUR umfassenden Binnenmarktprogramms für den Zeitraum 2021-2027 ist es, die Zusammenarbeit innerhalb des Binnenmarktes zu fördern und dessen Nachhaltigkeit zu verbessern (siehe Beitrag unter „Wirtschaft“).

Europäisches Programm zur digitalen Wende

Das EP hat am 29.04.2021 dem neuen Förderprogramm „Digitales Europa“ (Bezeichnung: „DIGITAL“) im Rahmen des Berichts von MdEP Valter Flego (RN/KRO) in zweiter Lesung zugestimmt. Das mit 7,5 Mrd. EUR ausgestattete Programm ist Teil des langfristigen EU-Haushalts für den Zeitraum 2021-2027 und beginnt rückwirkend zum 01.01.2021. Das neue Programm enthält Mittel für Projekte in fünf Bereichen: Hochleistungsrechner, Künstliche Intelligenz, Cybersicherheit, digitale Kompetenzen und breite Nutzung digitaler Technik in der gesamten Wirtschaft (insbesondere KMU) und Gesellschaft. Es soll die Lücke schließen, die zwischen Forschung und deren Anwendung besteht. Das Programm sieht auch die Schaffung eines Netzes europäischer digitaler Innovationszentren (sog. „Digital Innovation Hubs“) vor, die Unternehmen – insbesondere kleine und mittlere Unternehmen – und öffentlichen Verwaltungen Zugang zu technologischem Fachwissen vermitteln sollen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0152_DE.html

Ausschuss der Regionen

AdR; 144. AdR-Plenarsitzung

Am 05. – 07.05.2021 fand als virtuelle Sitzung das 144. AdR-Plenum statt, an der für Hessen Europastaatssekretär Mark Weinmeister teilgenommen hat. Es wurden folgende Stellungnahmen und Entschlüsse verabschiedet: „Die Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte aus lokaler und regionaler Perspektive“, „Entschließung zur Konferenz zur Zukunft Europas“, „Erweiterungspaket 2020“, „eine Union der Gleichheit: EU-Aktionsplan gegen Rassismus 2020–2025“, „eine Union der Gleichheit: Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen 2021–2030“, „sichere und nachhaltige Chemikalien für eine schadstofffreie Umwelt in den europäischen Städten und Regionen“, „Beitrag der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften zum Schutz der Meeresumwelt“, „Erfahrungen und -kenntnisse der Regionen und Städte während der COVID-19-Krise“, „eine europäische Gesundheitsunion: Die Resilienz der EU stärken“, „Verordnung zur Bewältigung

grenzüberschreitender“, „Gesundheitsgefahren und Legislativvorschlag zur Änderung des Mandats des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC)“, „Arzneimittelstrategie der EU und Legislativvorschlag zur Änderung des Mandats der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA)“, „Förderung einer klimaneutralen Wirtschaft: Eine EU-Strategie zur Integration des Energiesystems“, „Aktionsplan für digitale Bildung 2021–2027“, „Medien in der digitalen Dekade: Ein Aktionsplan“ sowie die "Entschließung zur Freizügigkeit während der COVID-19-Pandemie (digitales grünes Zertifikat) und zur Ausweitung der Impfstoffherstellung". Darüber hinaus fanden mit Antonio Costa, Premierminister von PTL, mit David Sassoli, Präsident des EP, mit Helena Dalli, Kommissarin für Gleichheitspolitik sowie mit Herman Van Rompuy, Vorsitzender der Hochrangigen Gruppe "Europäische Demokratie" Aussprachen statt.

<https://mempportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2173999&meetingSessionId=2216849>

Wirtschaft

Kommission; Genehmigung der Übernahme von Birkenstock durch L Catterton

Am 23.04.2021 teilte die Kommission mit, die Übernahme von Birkenstock mit Produktionsstätte in Steinau-Uerzell durch das US-amerikanische Unternehmen L Catterton nach der EU-Kontrollverordnung genehmigt zu haben. Nach Prüfung des Vorhabens im Rahmen des vereinfachten Fusionskontrollverfahrens stellte sie fest, dass die geplante Übernahme keine wettbewerbsrechtlichen Bedenken aufwirft, da die Unternehmen durch die geplante Übernahme lediglich eine moderate gemeinsame Marktstellung erlangen würden.

https://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case_details.cfm?proc_code=2_M_10211

Rat; EP; Kommission; vorläufige politische Einigung zur Darlehensfazilität für den öffentlichen Sektor

Am 26.04.2021 erzielten Rat, EP und Kommission eine vorläufige politische Einigung zur Darlehensfazilität für den öffentlichen Sektor zur Förderung grüner Investitionen in der EU. Diese Fazilität ist die dritte Säule des Mechanismus für den gerechten Übergang (vgl. BaB 11/2020). Sie wurde geschaffen, um die sozialen und wirtschaftlichen Folgen zu bewältigen, die sich aus der Verwirklichung der Klimaneutralität der EU bis 2050 und der Klimaschutzziele der EU für 2030 ergeben. Im Rahmen der Fazilität werden 1,5 Mrd. EUR an Finanzmitteln aus dem EU-Haushalt in Verbindung mit bis zu 10 Mrd. EUR an Darlehen der Europäischen Investitionsbank (EIB) bereitgestellt. Zur Durchführung der Fazilität werden Kommission und die EIB eine Verwaltungsvereinbarung treffen. Rat und EP müssen der Einigung nun noch formal zustimmen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2021/04/26/public-sector-loan-facility-to-support-just-climate-transition-provisional-agreement-reached/>

Kommission; Konsultation zur Überarbeitung der Maschinenrichtlinie

Die Kommission hat am 26.04.2021 eine Konsultation zur Überarbeitung der Maschinenrichtlinie 2006/42/EG zur Verbesserung des Sicherheitsniveaus und der neuesten IT-Innovationen eröffnet. Sie hatte bereits am 21.04.2021 im Rahmen des Pakets für Künstliche Intelligenz diese Revision vorgeschlagen (vgl. BaB 8/2021). Die Initiative hat das Ziel, Rückmeldungen zur vorgeschlagenen Überarbeitung zu generieren. Die Kommission schlägt vor, die Richtlinie an die harmonisierten EU-

Rechtsvorschriften zur Produktsicherheit und -gesundheit anzugleichen. Außerdem geht sie auf die Herausforderungen ein, die sich aus dem technischen Fortschritt der Digitalisierung ergeben können. Eine Rückmeldung ist bis zum 25.06.2021 möglich.
<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/2019-Revision-of-the-Machinery-Directive>

EP; Verabschiedung des Binnenmarktprogramms 2021 bis 2027

Das EP verabschiedete am 27.04.2021, nach Zustimmung des Rates am 13.04.2021, die Verordnung zur Aufstellung des EU-Binnenmarktprogramms. Kommission, Rat und EP hatten bereits am 08.12.2020 eine politische Einigung erzielt (vgl. BaB 23/2020). Das Programm bietet ein integriertes Paket zur Unterstützung und Stärkung der Governance des Binnenmarkts mit Finanzmitteln von 4,2 Mrd. EUR im Zeitraum 2021-2027. Beispielsweise werden Maßnahmen zur Verbesserung der Steuerung und des Funktionierens des Binnenmarkts sowie eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von EU-Unternehmen, vor allem der kleinen und mittleren Unternehmen gefördert. Die Verordnung wird rückwirkend ab 01.01.2021 gelten.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0135_DE.html

EP; Verabschiedung des EU-Weltraumprogramms 2021 bis 2027

Das EP verabschiedete am 28.04.2021 die Verordnung zum neuen EU-Weltraumprogramm, nachdem der Rat am 19.04.2021 bereits seine Zustimmung gegeben hatte. Kommission, Rat und EP hatten bereits 16.12.2020 eine politische Einigung erzielt (vgl. BaB 23/2020). Die neue Verordnung umfasst alle Weltraumtätigkeiten der EU. Das neue EU-Weltraumprogramm soll die Kontinuität und Weiterentwicklung der drei bestehenden Leitprogramme der EU Galileo, Copernicus und EGNOS gewährleisten. Außerdem sollen mit dem Programm neue Initiativen zur Weltraumüberwachung unterstützt, darunter die Beobachtung und Verfolgung von Objekten im Weltraum (SST), Weltraumwetter und erdnahe Objekte (NEO) und die Satellitenkommunikation (GOVSATCOM). Das Programm soll auch zum ökologischen und digitalen Wandel der Wirtschaft der Union sowie zu deren Widerstandsfähigkeit beitragen. Die neue EU-Agentur für das Weltraumprogramm (EUSPA) ersetzt und erweitert die bestehende Europäische Agentur für globale Satellitennavigationssysteme (GSA) in Prag. Sie wird für den Betrieb des europäischen globalen Navigationssatellitensystems zuständig sein und soll die Marktakzeptanz für alle Komponenten des Weltraumprogramms sicherstellen. Das neue Weltraumprogramm ist mit insgesamt 14,8 Mrd. EUR ausgestattet. Davon erhalten die Programme Galileo und EGNOS zusammen 9,017 Mrd. EUR und das Erdbeobachtungssystem Copernicus 5,421 Mrd. EUR. Die Verordnung wird rückwirkend ab 01.01.2021 gelten.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0139_DE.html

Kommission; Befreiung der Deutschen Bank von einer Kartellbuße wegen Beteiligung an Anleihen-Kartell

Die Kommission hat am 28.04.2021 aufgrund der Kronzeugenregelung beschlossen, keine Geldbuße gegen die Deutsche Bank, obwohl sie gegen das Kartellrecht verstoßen hat, zu verhängen, da sie die EU-Kartellwächter über das Bestehen des Kartells informierte. Anderenfalls wäre eine Geldstrafe von 21,5 Mio. EUR gegen die Deutsche Bank verhängt worden. Die anderen drei beteiligten Banken, die Bank of America Merrill Lynch, Crédit Agricole und Credit Suisse, wurden mit Beschluss vom 28.04.2021 insgesamt mit Geldbußen von 28,5 Mio. EUR belegt. Das Kartell bestand im Bereich des Handels mit auf US-Dollar lautenden supranationalen, staatlichen und halbstaatlichen Anleihen (SSA-Anleihen) auf dem Sekundärmarkt im Europäischen Wirtschaftsraum. Dieses Anleihen-Kartell verstieß gegen die EU-

Wettbewerbsvorschriften, nach denen wettbewerbswidrige Geschäftspraktiken wie Preisabsprachen untersagt sind.

https://ec.europa.eu/germany/news/20210428-deutsche-bank-entkommt-kartellbusse_de

Kommission; Konsultation zum Binnenmarktinformationssystem

Die Kommission startete am 28.04.2021 eine Konsultation zu dem Entwurf einer Durchführungsverordnung zu den Funktionalitäten der öffentlichen Schnittstelle des Binnenmarktinformationssystem (IMI). IMI ist ein Online-Tool, welches den Informationsaustausch zwischen Behörden bei grenzüberschreitenden Verwaltungszusammenarbeiten in mehreren Politikbereichen des Binnenmarktes unterstützt. Eine Beteiligung ist bis zum 26.05.2021 möglich.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12998-Implementing-act-on-functionalities-of-the-IMI-public-interface>

Rat; Hochrangige Konferenz diskutiert die neue europäische Industriepolitik

Organisiert unter der portugiesischen EU-Ratspräsidentschaft fand am 28.04.2021 die hochrangige Konferenz "Reiseführer für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft" statt. Ziel der Konferenz war es, einen Beitrag zur Diskussion über die neue europäische Industriepolitik und die Bedeutung der Reindustrialisierung in der EU zu leisten. Vertreter der wichtigsten Wettbewerbscluster, Wirtschaftsverbände, öffentliche Einrichtungen und andere wichtige Persönlichkeiten diskutierten über die Bedeutung der Zusammenführung von Wissen und Produktion und die Umsetzung von Kooperationsmechanismen, um ein höheres Maß an Wettbewerbsfähigkeit innerhalb und außerhalb der Grenzen der einzelnen Mitgliedstaaten zu erreichen. Der portugiesische Staatsminister für Wirtschaft und den digitalen Wandel, Pedro Siza Vieira, erklärte, dass die Pandemie Herausforderungen mit sich gebracht habe, aber sie würde auch Möglichkeiten zur Umsetzung einer grüneren, digitaleren und widerstandsfähigeren europäischen Industrie bieten. Eine Industrie soll in der Lage sein, Werte in ihre Produkte zu integrieren, und somit auch zu einer gerechteren, inklusiveren Gesellschaft beizutragen.

<https://www.2021portugal.eu/en/news/travel-guide-to-a-competitive-economy-discusses-new-european-industrial-policy/>

Kommission; Erhalt des deutschen Aufbau- und Resilienzplans

Um Mittel aus der Aufbau- und Resilienzfazilität, die mit Hilfe des Aufbauinstruments „NextGenerationEU“ durchgeführt wird, zu erhalten, waren alle Mitgliedstaaten aufgefordert bis 30.04.2021 ihre nationalen Aufbau- und Resilienzpläne bei der Kommission einreichen. Die Kommission hat am 28.04.2021 den offiziellen den Aufbau- und Resilienzplan aus DEU erhalten. Die Maßnahmen dieses Planes sind mit Finanzmitteln von 27,9 Mrd. EUR ausgestattet. Die Zuschussmittel die DEU im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilitätsverordnung zur Verfügung stehen belaufen sich jedoch lediglich auf maximal 25,6 Mrd. EUR. Daher werden die entstehenden Zusatzkosten von DEU selbst getragen. Die politischen Schwerpunkte des deutschen Plans sind die Reform- und Investitionsmaßnahmen in die Klimapolitik und in die Energiewende, die Digitalisierung der Wirtschaft und die Infrastruktur, die Digitalisierung der Bildung, die Stärkung der sozialen Teilhabe und eine Stärkung eines pandemieresilienten Gesundheitssystems sowie eine moderne Verwaltung und der Abbau von Investitionshemmnissen. Die Kommission will alle nationalen Pläne in den nächsten zwei Monaten anhand von elf Kriterien bewerten, die hierfür in der Verordnung festgelegt sind, und sie inhaltlich in verbindliche Rechtsakte übertragen.

<https://bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Europa/DAR/P/deutscher-aufbau-und-resilienzplan.html>

Kommission; fünfter Bericht über die Umsetzung der europäischen Struktur- und Investitionsfonds veröffentlicht

Die Kommission hat am 28.04.2021 ihren fünften Bericht über die Umsetzung der europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) veröffentlicht. Dem Bericht zufolge sind die Investitionsquoten der ESI-Fonds in der EU in den letzten Jahren erheblich gestiegen, von 28 % der Gesamtmittelausstattung im Jahr 2018 auf 56 % Ende 2020. Durch die Flexibilisierung der Kohäsionsvorschriften durch die Investitionsinitiativen zur Bewältigung der Corona-Krise (CRII und CRII+) war es für die Mitgliedstaaten möglich, nicht abgerufene Mittel umzulenken und in anderen Bereichen einzusetzen. Daher flossen mehr als 22 Mrd. EUR in die Unterstützung von Gesundheitswesen, kleinen und mittleren Unternehmen, benachteiligten Bevölkerungsgruppen und Beschäftigung. Der Bericht zur Umsetzung der ESI-Fonds erscheint alle zwei Jahre und basiert auf den im September 2020 eingegangenen jährlichen Programmberichten der Mitgliedstaaten. Die offene Datenplattform der ESI-Fonds wurde auch zum 28.04.2021 aktualisiert und enthält nun die bis Ende 2019 erzielten Ergebnisse der Programme der ESI-Fonds.

https://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docoffic/official/reports/annual_2020/implementation_2020_report.pdf

<https://cohesiondata.ec.europa.eu/stories/s/ESI-FUNDS-progress-in-investment-a-guide/msz9-85px>

Rat; Informelle Videokonferenz der EU-Entwicklungsministerinnen und -minister

Die EU-Entwicklungsministerinnen und -minister führten am 29.04.2021 eine Orientierungsaussprache mit der Europäischen Investitionsbank (EIB) und der Europäischen Bank für Wiederaufbau (EBWE) über die künftige Finanzarchitektur zur Förderung der Entwicklung der EU. Die Ministerinnen und Minister hoben ihr Interesse an einem verstärkten Konzept vom Team Europa hervor, um somit Fragmentierungen zu vermeiden und Synergien sowie die kollektive Wirkung der EU-Unterstützung in Form von Entwicklungshilfe zu verstärken. Außerdem betonten sie, dass eine starke Regierung und eine nahtlose Koordinierung für den Erfolg des Ansatzes erforderlich seien.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/fac/2021/04/29/>

Kommission; Genehmigung der Übernahme der Stark-Gruppe durch CVC

Die Kommission genehmigte nach der EU-Fusionskontrollverordnung am 29.04.2021 die Übernahme der dänischen Stark-Gruppe, mit Standorten in Hessen, durch das luxemburgische Unternehmen CVC. Stark ist ein allgemeiner Baustoffhändler, der hauptsächlich Baumaterialien in den nordischen Ländern sowie in DEU vertreibt. CVC und seine Tochtergesellschaften verwalten Investmentfonds und ist Eigentümer von Ahlsell AB, einem spezialisierten Baustoffhändler. Die geplante Übernahme wirft nach Untersuchungen im Rahmen des normalen Fusionskontrollverfahrens keine wettbewerbsrechtlichen Bedenken auf, da sich die Unternehmen auf nationaler Ebene nur in geringem Maße überschneiden und ihre gemeinsamen Anteile an den meisten lokalen Märkten moderat sind.

https://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case_details.cfm?proc_code=2_M_10164

EP; Annahme des Europäischen Verteidigungsfonds 2021 bis 2027

Das EP hat am 29.04.2021 den Europäischen Verteidigungsfonds mit einem Budget von 7,9 Mrd. EUR für 2021 bis 2027, nach der Zustimmung des Rates, verabschiedet. Der Verteidigungsfonds dient der gemeinsamen Finanzierung von kooperativen Forschungsprojekten zur Entwicklung der Verteidigungsfähigkeiten und unterstützt

somit die Verteidigungszusammenarbeit in Europa. Der Verteidigungsfonds ermöglicht eine Beteiligung europäischer Tochtergesellschaften von Unternehmen aus Drittländern und die Zusammenarbeit mit Unternehmen aus Drittländern. Die Kommission verwaltet das Programm, unter der Beobachtung der Europäischen Verteidigungsagentur (EDA), direkt.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0151_DE.html

EuGH; Schlussanträge zu staatlichen Beihilfen von DEU zugunsten des Nürburgrings

Am 29.04.2021 legte der Generalanwalt Giovanni Pitruzzella seine Schlussanträge in der Rechtssache C-647/19P Ja zum Nürburgring e.V. gegen die Kommission und der Rechtssache C-665/19P der amerikanischen Gesellschaft NeXovation, Inc. gegen die Kommission zu der Frage vor, ob das Gericht der EU (EuG) mit seinen Urteilen vom 19.06.2019 die Klagen des Ja zum Nürburgring e.V. und von NeXovation auf Nichtigkeitserklärung des Beschlusses der Kommission vom 01.10.2014 über staatliche Beihilfen von DEU zugunsten des Nürburgrings zu Recht abgewiesen hat. Der Generalanwalt kommt zu dem Ergebnis, dass das angefochtene Urteil des EuG Begründungsfehler aufweist, da das Gericht auf einige Argumente der Kläger nicht eingegangen sei und auch nicht implizit zu erkennen sei, aus welchen Gründen das EuG diesen Argumenten nicht gefolgt sei.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=240559&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=8711260>

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=240553&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=8712673>

Kommission; Genehmigung eines Gemeinschaftsunternehmens durch Ceravis und Fraunhofer-Gesellschaft

Die Kommission genehmigte gemäß der EU-Fusionskontrollverordnung am 03.05.2021 die Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens, E-VITA GmbH, durch die Ceravis AG und die Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e.V. (Fraunhofer-Gesellschaft). Die E-VITA GmbH soll in der Vermarktung, der Nutzung, dem Vertrieb und der Weiterentwicklung der Elektrotechnologie zur chemiefreien Saataufbereitung tätig werden. Ceravis gehört zur dänischen Agro-Gruppe und ist im Agrarhandel sowie in der Produktion von Saatgut und Tierfutter, vor allem für Landwirte in Norddeutschland, tätig. Die Fraunhofer-Gesellschaft betreibt anwendungsorientierte Forschung sowie Auftragsforschung für staatliche Stellen und die Privatwirtschaft. Nach einer Prüfung des Vorhabens im Rahmen des vereinfachten Fusionskontrollverfahrens kam die Kommission zu dem Schluss, dass die geplante Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens angesichts der begrenzten geplanten Aktivitäten im Europäischen Wirtschaftsraum keine wettbewerbsrechtlichen Bedenken aufwirft.

https://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case_details.cfm?proc_code=2_M_102_09

Kommission; Genehmigung der Übernahme von Oikos durch Goldman Sachs

Die Kommission genehmigte nach der EU-Fusionskontrollverordnung am 04.05.2021 die Übernahme der Oikos Holding GmbH (Oikos), mit Sitz in Schlüchtern, durch die US-amerikanische Goldman Sachs Group, Inc. ("Goldman Sachs"). Oikos ist tätig in der Planung, Entwicklung und Fertigung von Fertighäusern. Goldman Sachs ist ein weltweit tätiges Investmentbanking-, Wertpapier- und Anlageverwaltungsunternehmen. Die Kommission kam im Rahmen einer Prüfung mit dem vereinfachten Fusionskontrollverfahren zu dem Ergebnis, dass es durch die

Übernahme zu keinen horizontalen Überschneidungen oder vertikalen Beziehungen zwischen den Tätigkeiten der Unternehmen kommt.

https://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case_details.cfm?proc_code=2_M_10236

Kommission; Mitteilung zur Aktualisierung der EU-Industriestrategie aus 2020

Die Kommission hat am 05.05.2021 in Form einer Mitteilung eine Aktualisierung der Industriestrategie vom 10.03.2020 zum Aufschwung zu einem stärkeren Binnenmarkt für die Erholung der EU vorgelegt (vgl. BaB 05/2020). Die Strategie soll den Wandel zu einer nachhaltigen, digitalen, resilienten und wettbewerbsfähigen Wirtschaft vorantreiben. Die Aktualisierung der Strategie ist eine Reaktion auf die COVID-19-Pandemie, um Lehren aus der Krise miteinzubeziehen, um somit eine Erholung anzukurbeln und die offene strategische Autonomie zu stärken. Die Krise habe starke Abhängigkeiten von globalen Lieferketten, unter anderem bei Impfstoffen, offengelegt, die zukünftig verringert werden sollen. Gleichzeitig will die Kommission verhindern, dass bei künftigen Krisen die Freizügigkeit im Binnenmarkt erneut stark eingeschränkt wird und daher den Binnenmarkt auch in Krisenzeiten widerstandsfähiger machen. Die Strategie soll in ihren industriepolitischen Ambitionen den neuen Gegebenheiten durch die COVID-19-Krise in vollem Umfang Rechnung tragen. Abhängigkeiten in wichtigen strategischen Bereichen sollen durch die Strategie besser verstanden und bewältigt werden. Zugleich werden in der aktualisierten Strategie die bestehenden Prioritäten bekräftigt. Im Mittelpunkt der Strategie stehen die Stärkung der Resilienz des Binnenmarkts, der Umgang mit den strategischen Abhängigkeiten der EU sowie die Beschleunigung des ökologischen und digitalen Übergangs. Zu diesen drei Bereichen werden jeweils eine Reihe von Schlüsselaktionen formuliert, die die Kommission 2021 und 2022 umsetzen will. Ein zentrales Augenmerk richtet die Strategie auch auf die kleinen und mittleren Unternehmen. Der Mitteilung sind drei Arbeitsgrundlagen der Kommissionsdienststellen beigefügt, die als analytische Grundlage für die Aktualisierung genutzt wurden.

<https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/communication-new-industrial-strategy.pdf>

Kommission; Vorschlag für eine Verordnung gegen wettbewerbsverzerrende Subventionen aus Drittstaaten

Die Kommission hat am 05.05.2021 einen Vorschlag für eine Verordnung vorgelegt, mit der mögliche wettbewerbsverzerrende Auswirkungen von Subventionen aus Drittstaaten im Binnenmarkt eingeschränkt werden sollen. Der Legislativvorschlag für dieses neue Instrument folgte auf die Annahme des einschlägigen Weißbuchs am 17.06.2020 (vgl. BaB 12/2020) und Konsultationen mit Interessenträgern. Im Binnenmarkt besteht nach Auffassung der Kommission aktuell eine Regelungslücke, da die Gewährung von Subventionen durch Drittstaaten weitgehend unkontrolliert erfolgt, wohingegen Subventionen der Mitgliedstaaten streng kontrolliert werden. Der Verordnungsvorschlag soll dabei helfen, diese Regelungslücke zu schließen, indem drittstaatliche Subventionen, die mögliche Verzerrungen verursachen und dem fairen Wettbewerb im Binnenmarkt schaden, von der Kommission geprüft werden können. Wenn die Kommission eine wettbewerbsverzerrende drittstaatliche Subvention feststellt, soll sie die Möglichkeit bekommen Maßnahmen gegen die verzerrenden Auswirkungen zu ergreifen. Dazu werden in dem Verordnungsvorschlag drei verschiedene Instrumente vorgeschlagen. Der Verordnungsvorschlag soll die Umsetzung der aktualisierten Industriestrategie der EU vom 05.05.2021 unterstützen. Mit Vorlage des Vorschlags hat die Kommission zugleich eine achtwöchige Konsultation gestartet.

https://ec.europa.eu/competition/international/overview/proposal_for_regulation.pdf

Kommission; Veröffentlichung von Evaluierungsergebnisse zu Vorschriften für horizontale Vereinbarungen zwischen Unternehmen

Die Kommission veröffentlichte am 06.05.2021 eine Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen, in der die Ergebnisse der Evaluierung der beiden horizontalen Gruppenfreistellungsverordnungen (Horizontal-GVO), die Forschungs- und Entwicklungsvereinbarungen bzw. Spezialisierungsvereinbarungen betreffen, sowie der Leitlinien für Vereinbarungen über horizontale Zusammenarbeit (Horizontalleitlinien) zusammengefasst werden. Aus der Evaluierung geht hervor, dass die beiden Horizontal-GVO und die Horizontalleitlinien nach wie vor von Relevanz sind, da sie den Unternehmen Rechtssicherheit bei der Selbstprüfung ihrer horizontalen Kooperationsvereinbarungen. Sie vereinfachen außerdem die behördliche Aufsicht durch die Kommission, die nationalen Wettbewerbsbehörden und die nationalen Gerichte. Jedoch wird auch deutlich, dass in einigen Bereichen die Vorschriften zu einer stärkeren Wirksamkeit verbessert werden können. Die beiden Leitlinien bedürfen laut Evaluierung einer Anpassung an wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen sowie der Digitalisierung und der Verfolgung von Nachhaltigkeitszielen. https://ec.europa.eu/competition-policy/public-consultations/closed-consultations/2019-hbers_de

V e r k e h r

Kommission; Konsultation zum Fahrplan zur Verbesserung der Führerscheinrichtlinie

Die Kommission hat am 23.04.2021 eine Konsultation zum Fahrplan für eine Überarbeitung der 2006 angenommenen Führerscheinrichtlinie gestartet. Ziel der Initiative ist es, die Straßenverkehrssicherheit zu verbessern und die Freizügigkeit zu erleichtern. Die Initiative soll zu den Zielen der EU, die in der Strategie für intelligente und nachhaltige Mobilität von 2020 festgelegt sind, beitragen und ebenfalls neue Herausforderungen der Mobilität, insbesondere im digitalen Bereich, berücksichtigen (vgl. BaB 23/2020). Die Teilnahme an der Konsultation ist bis zum 21.05.2021 möglich. <https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12978-Revision-of-the-Directive-on-Driving-Licences>

Kommission; Genehmigung staatlicher Beihilfen von PTL zugunsten von TAP

Die Kommission genehmigte am 23.04.2021 staatliche Beihilfen von PTL im Umfang von 462 Mio. EUR zur Entschädigung der Einbußen aufgrund der COVID-19-Pandemie der Fluggesellschaft Transportes Aéreos Portugueses, S.A. (TAP), da diese Unterstützungsmaßnahme im Einklang mit den Beihilfenvorschriften steht. TAP ist die größte Tochtergesellschaft von Transportes Aéreos Portugueses, SGPS, S.A. („TAP SGPS“), einer vom portugiesischen Staat kontrollierten Holdinggesellschaft, die noch weitere Unternehmen besitzt und ebenfalls die größte Fluggesellschaft PTLs. Die Beihilfemaßnahme soll TAP für die Schäden für die Ausfälle zwischen dem 19.03.2020 und 30.06.2020 aufgrund von pandemiebedingten Reisebeschränkungen erhalten. Die Unterstützung wird in Form eines Darlehens gewährt, das in Kapital umgewandelt und in einer oder mehreren Tranchen an TAP ausgezahlt werden kann. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_1928

Kommission; Konsultation zum Fahrplan für einen nachhaltigen und urbanen Verkehr

Die Kommission hat am 27.04.2021 eine Konsultation zu dem Fahrplan zum Aufbau nachhaltiger und urbaner Verkehrssysteme, um einen neuen politischen Rahmen für die Mobilität in der Stadt zu schaffen, gestartet. Die Maßnahmen, die in dieser Initiative vorgeschlagen werden, sollen den Mitgliedsstaaten Anreize geben, urbane Verkehrssysteme aufzubauen, die sicher, zugänglich, inklusiv, erschwinglich, intelligent, resilient und emissionsfrei sind. Dieser Fahrplan soll das Paket für die Mobilität in der Stadt aus dem Jahr 2013 aktualisieren und im Hinblick auf die bis 2050 zu erreichenden Klimaziele aufbauen. Außerdem befasst sich die Initiative mit der durch den Verkehr verursachten Umweltverschmutzung sowie der Verkehrsüberlastung. Des Weiteren sollen Lehren aus den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf den öffentlichen Verkehr gezogen werden. Damit soll die Initiative einen Beitrag für den Übergang zu einem emissionsfreien Verkehr und zu einer klimaneutralen Wirtschaft auf lokaler Ebene leisten.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12916-New-EU-urban-mobility-framework>

EuGH; Ablehnung der Anerkennung eines erneuerten ausländischen EU-Führerscheins

Der EuGH legte am 29.04.2021 seine Urteile in den Rechtssachen C-47/20 F der Stadt Karlsruhe und C-56/20 AR der Stadt Pforzheim vor, mit dem Tenor, dass ein Mitgliedstaat (MS) die Anerkennung eines lediglich in einem anderen MS erneuerten Führerscheins ablehnen kann, nachdem er dessen Inhaber für sein Hoheitsgebiet ein Fahrverbot erteilt hat. Hierzu führt der EuGH aus, dass ein MS wegen einer in seinem Hoheitsgebiet begangenen Zuwiderhandlung die Anerkennung der Gültigkeit des Führerscheins ablehnen und die Bedingungen festlegen darf, die der Inhaber erfüllen muss, um das Recht, in seinem Hoheitsgebiet zu fahren, wiederzuerlangen. In der Rechtssache C-47/20 besitzt der deutsche Staatsangehörige F. mit Wohnsitz in SPA einen spanischen Führerschein. Wegen einer Trunkenheitsfahrt in DEU wurde ihm wegen fehlender Fahreignung für 14 Monate das Recht aberkannt, dort mit diesem Führerschein zu fahren und eine Sperrfrist von 14 Monaten auferlegt, während der er keinen neuen Führerschein beantragen durfte. Einige Jahre nach Ablauf der Sperrfrist beantragte F. bei der Stadt Karlsruhe, die Gültigkeit seines durch die spanischen Behörden erneuerten spanischen Führerscheins anzuerkennen. Die Stadt Karlsruhe wies diesen Antrag zurück, weil sie der Auffassung war, dass F. nach deutschem Recht ein medizinisch-psychologisches Gutachten vorlegen müsse, um die Zweifel an seiner Fahreignung auszuräumen. Die Rechtssache C-56/20 betrifft einen österreichischen Staatsangehörigen, der vor dem Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg die Entscheidung der Stadt Pforzheim anfecht, mit der ihm aufgegeben wurde, seinen österreichischen Führerschein vorzulegen, damit darauf ein Vermerk angebracht wird, mit dem dieser für das deutsche Hoheitsgebiet für ungültig erklärt wird. Ihm war die Fahrerlaubnis für dieses Gebiet entzogen worden, weil er dort unter dem Einfluss berauschender Mittel ein Fahrzeug geführt hatte. Hier entschied aber der EuGH auch, dass der MS auf dem Führerschein keinen Vermerk über das Fahrverbot in seinem Hoheitsgebiet anbringen, da diese Änderung in die ausschließliche Zuständigkeit des MS fällt, in dem der Inhaber seinen ordentlichen Wohnsitz hat.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=FDB3B3BBB67A1CB2BC72585C90144FD6?text=&docid=240543&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=382280>

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=240545&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=38252>

Kommission; Genehmigung staatlicher Beihilfen zugunsten SATA Air Açores und Azores Airlines in PTL

Die Kommission hat am 30.04.2021 eine Entschädigung in Form von staatlichen Beihilfen von 12 Mio. EUR wegen Corona-Einbußen sowie eine Liquiditätshilfe von bis zu 255,5 Mio. EUR für Sociedade Açoriana de Transportes Aéreos S.A. („SATA Air Açores“) und Azores Airlines in PTL genehmigt. Des Weiteren verlängerte die Kommission die eingehende Prüfung der geplanten Umstrukturierungsbeihilfen, in der festgestellt werden soll, ob die geplanten Umstrukturierungsbeihilfen PTLs für die SATA-Gruppe mit den EU-Beihilfavorschriften für in Schwierigkeiten geratene Unternehmen im Einklang stehen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_2095

Rat; Konferenz zum Tag der Luftfahrt

Die Konferenz zum Tag der Luftfahrt, die von der portugiesischen nationalen Zivilluftfahrtbehörde unter der portugiesischen EU-Ratspräsidentschaft organisiert wurde, fand am 03.05.2021 statt. Ziel der Konferenz zum Tag der Luftfahrt war es, die Diskussion über die Maßnahmen, die zur Erholung des Sektors nach der COVID-19-Pandemie beitragen könnten, anzukurbeln. Portugals Minister für Infrastruktur und Wohnungsbau, Pedro Nuno Santos betonte, dass die portugiesische EU-Ratspräsidentschaft eine Politik unterstütze, die sich nicht mit Mindeststandards im Luftsektor zufriedengebe. Daher lud er alle Interessenvertreter und Mitgliedstaaten ein, dies zu unterstützen. Die Kommissarin für Verkehr, Adina Vălean, erklärte in ihrer Rede, dass der Luftfahrtsektor im Zuge der COVID-19-Pandemie die schlimmste Krise durchmache und eine Erholung frühestens ab 2025 möglich sei.

<https://www.2021portugal.eu/en/news/we-must-avoid-settling-for-minimum-standards-in-aviation-after-covid-19/>

E n e r g i e

Kommission; Konsultation zur Errichtung einer Plattform für die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien

Die Kommission hat am 29.04.2020 eine bis zum 27.05.2021 laufende Konsultation zum Entwurf einer delegierten Verordnung zur Errichtung einer Plattform für die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien, gestartet. In den EU-Vorschriften sind Kooperationsmechanismen der Mitgliedsstaaten (MS), darunter auch ein Mechanismus für „statistische Transfers“ von Mengen an erneuerbarer Energie vorgesehen. Dieser Vorschlag verfolgt das Ziel, eine Plattform für die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien einzurichten, um so die statistischen Transfers zwischen den MS zu erleichtern. MS sollen durch die Plattform bei statistischen Transfers unterstützt werden, sodass die MS, die ihre verbindlichen nationalen Zielvorgaben für 2020 nicht erreichten, erneuerbare Energie von MS erwerben können, die ihre Zielvorgaben übertrafen.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12712-Union-Renewable-Development-Platform-URDP->

Kommission; Genehmigung der Verlängerung und Änderung des deutschen Erneuerbare-Energien-Gesetz 2021

Die Kommission genehmigte am 29.04.2021 nach den EU-Beihilfavorschriften die Verlängerung und Änderung einer deutschen Beihilferegelung. Durch diese Beihilferegelung wird in DEU die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen und aus Grubengas gefördert sowie Teilbefreiungen von der Umlage zur Förderung

von Strom aus erneuerbaren Energiequellen gewährt. Stromintensive Unternehmen und Schiffe am Liegeplatz in Häfen können diese Teilbefreiungen für die landseitige Stromversorgung erhalten. Als Teil des deutschen Erneuerbare-Energien-Gesetzes 2021 (EEG 2021) trägt die Beihilferegelung dazu bei, zum einen die deutschen Zielvorgaben für erneuerbare Energien ohne übermäßige Wettbewerbsverfälschungen zu erreichen und zum anderen dem EU-Ziel der Klimaneutralität bis spätestens 2050 näherzukommen. Die neue Maßnahme gilt bis Ende 2026. Im Rahmen der Regelung wurden für 2021 rund 33,1 Mrd. EUR veranschlagt.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_2042

Digital

Kommission; Apples App-Store-Regeln für Musikstreaming-Anbieter verfälschen mutmaßlich den Wettbewerb

Die Kommission hat Apple am 30.04.2021 mitgeteilt, dass sie zu dem vorläufigen Ergebnis gekommen ist, dass das Unternehmen seine marktbeherrschende Stellung im Bereich des Vertriebs von Musikstreaming-Apps über seinen „App Store“ missbraucht und dadurch den Wettbewerb auf dem Musikstreaming-Markt verfälscht habe. Sie kritisiert v.a., dass Entwickler von Musikstreaming-Apps das Apple-System für In-App-Käufe nutzen müssen, um ihre Apps über den App-Store von Apple zu vertreiben. Die Kommission befürchtet auch, dass Apple die App-Entwickler durch bestimmte Beschränkungen daran hindert, Nutzer von iPhones und iPads über kostengünstigere Bezugsmöglichkeiten zu informieren. Die Mitteilung der Kommission ist ein förmlicher Verfahrensschritt im Rahmen der Untersuchung mutmaßlicher Verstöße gegen die EU-Kartellvorschriften (Art. 102 AEUV). Sie ist der letzte Schritt vor der möglichen Verhängung von Kartellbußen und Auflagen. Die Kommission hatte die Untersuchung der App-Store-Regeln von Apple am 16.06.2020 eingeleitet (Az. AT.40437). Das Verfahren geht auf eine Beschwerde des schwedischen Streamingdienst-Marktführers Spotify zurück. Apple kann nun Akteneinsicht verlangen, sich schriftlich dazu äußern und eine mündliche Anhörung beantragen.

https://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case_details.cfm?proc_code=1_40437

Kommission; Europäische Unternehmensstatistik – IKT-Gebrauch/E-Commerce

Die Kommission bereitet die Untersuchung von IKT-Nutzung und E-Commerce für die europäischen Unternehmensstatistiken für das Referenzjahr 2022 auf Grundlage der Verordnung (EU) 2019/2152 vor. Die technischen Spezifikationen für die Datenanforderungen werden in einem Durchführungsrechtsakt festgelegt, dessen Entwurf die Kommission vom 04.05.2021 bis zum 01.06.2021 zur öffentlichen Konsultation gestellt hat. Die Mitgliedstaaten müssen die Daten für die Statistik nach Maßgabe des Durchführungsrechtsakts und der darin festgelegten Fristen an das Statistikamt der Europäischen Union (Eurostat) übermitteln.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12291-Implementation-of-information-and-communication-technologies-usage-and-e-commerce-in-enterprises-survey-2022->

EP; Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa verabschiedet

Am 27.04.2021 hat das Plenum des EP mit sehr großer Mehrheit das Legislativpaket zu Horizont Europa verabschiedet. Dieses besteht aus der Verordnung zum Forschungsrahmenprogramm sowie einem Beschluss zum spezifischen Programm von Horizont. Das Votum spiegelt den Trilog-Kompromiss wider, den Rat, Parlament und Kommission in abschließender Verhandlung Ende 2020 gefunden hatten. Mit der Klärung der finanziellen Ausstattung in den einzelnen Förderlinien, der Festlegung der Erwägungsgründe sowie Regelungen zu internationaler Kooperation war ein über zwei Jahre andauernder Verhandlungsprozess abgeschlossen worden. Durch eine Klausel der Retroaktivität konnte das Programm Horizont Europa bereits vor einigen Wochen mit ersten Ausschreibungen zum Europäischen Forschungsrat an den Start gehen. Die verabschiedeten Regelungen gelten für die gesamte Förderperiode von 2021 bis 2027. Mit weiteren Ausschreibungen ist noch im Frühjahr 2021 zu rechnen. Horizont Europa wird in der nächsten Förderperiode laut dem Votum mit rund 95,5 Mrd. EUR (zu jeweiligen Beträgen) ausgestattet sein. Im Vergleich zum Vorgängerprogramm Horizont 2020 wird die sogenannte Drei-Säulen-Struktur des Programms beibehalten, Inhalte werden jedoch teils neu gegliedert. Im Rahmen der Marie Skłodowska-Curie-Stipendien und -Austauschmaßnahmen (MSCA) werden weiterhin die talentiertesten Forscherinnen und Forscher unterstützt. Die Frankfurt University of Applied Sciences wird am 18.05.2021 in einem Online-Event gemeinsam mit dem Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst und den Partnerorganisationen, die GSI Helmholtzzentrum GmbH und die Kooperationsstelle EU der Wissenschaftsorganisationen (KoWi) über MSCA-Ausschreibungen und hessische Fördermöglichkeiten hierzu informieren.

<https://www.frankfurt-university.de/marie-curie-action>

EP; neues Innovations- und Technologieinstitut (EIT)

Das Plenum des EP hat am 27.04.2021 mit großer Mehrheit die Verordnung zum neuen EIT-Institut verabschiedet, die im Rahmen des neuen EU-Rahmenprogramms für Forschung und Innovation fester Bestandteil der dritten Säule von Horizont Europa ist. Die verabschiedete Verordnung spiegelt den zwischen Rat, EP und Kommission erzielten Trilog-Kompromiss von Januar 2021 wider. Mit einem Budget von fast 3 Mrd. EUR wird das EIT insbesondere Innovationen fördern. Dies entspricht laut Kommission einer Erhöhung von knapp 600 Mio. EUR im Vergleich zur aktuellen Förderperiode. Ein Novum im Vergleich zum Vorgängerprogramm Horizont 2020 ist, dass das EIT alsbald zwei neue Wissens- und Innovationsgemeinschaften (KICs) ins Leben rufen wird, eine im Bereich der Kultur- und Kreativwirtschaft (CCSI) und eine im Bereich der Wasser-, Meeres- und maritimen Sektoren und Ökosysteme. Das EIT führt seine Innovationsagenda über KICs aus, in denen Unternehmen, Hochschulen und Forschungszentren aus ganz Europa zusammenkommen und Ideen vorantreiben. Durch eine neue Pilotinitiative wird zudem die unternehmerische und innovative Kapazität von Hochschuleinrichtungen unterstützt. Rechtsgrundlage des EIT bleibt somit die EIT-Verordnung, die seine Ziele und Hauptaufgaben festlegt. In der zugleich verabschiedeten Strategischen Innovationsagenda 2021-2027 werden die Strategie und die Prioritäten des EIT für den nächsten Programmplanungszeitraum, seine Ziele, Leitaktionen, Tätigkeiten, Arbeitsweise und erwartete Auswirkungen dargelegt.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/A-9-2020-0120_DE.html

Kommission; Rat; Erklärung zur Forschung im Kampf gegen Krebs

Auf einer von der portugiesischen EU-Ratspräsidentschaft einberufenen Konferenz haben die Kommissarinnen für Gesundheit und Forschung, Stella Kyriakides und Mariya Gabriel, am 03.05.21 betont, dass der Erfolg des neuen europäischen Aktionsplans zur Krebsbekämpfung weitgehend von den Anstrengungen im Bereich der Forschung und Innovation (F&I) abhängen werde. Kommissarin Kyriakidis beschrieb F&I als wesentlichen Ausgangspunkt für Fortschritte sowohl bei der Krankheitsvorbeugung als auch bei der Verbesserung der Lebensqualität von Krebspatientinnen und -patienten. Thematisiert wurde bei der Konferenz auch die Umsetzung des „Missionsbereichs Krebs“ im Rahmen des neuen EU-Rahmenprogramms Horizont Europa. Ziel sei es, so Kommissarin Gabriel, bis 2030 mehr als 3 Mio. Leben zu retten und Patientinnen und Patienten ein besseres und längeres Leben zu ermöglichen. Aus dem Aktionsplan gegen den Krebs und Horizont Europa sollen sich wichtige Synergien und Kohärenz ergeben. Die portugiesische EU-Ratspräsidentschaft nahm die Konferenz vom 03.05.21 zum Anlass, eine diesbezügliche Erklärung, die "Porto Declaration on Cancer Research", vorzulegen. Alle 27 Mitgliedsstaaten wurden gebeten, diese zu unterzeichnen. Die Erklärung liegt online abrufbar vor. Der Text beschreibe die Schritte, die notwendig seien, um die nötige Infrastruktur zu schaffen, um die Forschung in Europa zu allen Aspekten der Krankheit zu intensivieren, sagte die portugiesische Gesundheitsministerin Marta Temido.

https://ipoporto.pt/wpsite_2020/wp-content/uploads/2021/03/Porto-Declaration_Final-1.pdf

Kommission; Vereinbarung des Europäischen Innovations- und Technologieinstituts (EIT) mit dem Europäischen Investitionsfonds (EIF) zur Digitalisierung

Am 28.04.2021 hat das EIT mit seiner Wissens- und Innovationsgemeinschaft (KIC) zur Digitalisierung eine Vereinbarung mit dem EIF geschlossen. Das EIT ist fester Pfeiler des Forschungsrahmenprogramms Horizont Europa und verausgabt Mittel zur Innovationsförderung über seine KIC-Gemeinschaften. Auf Grundlage dieser neuen Vereinbarung soll künftig ein Fördervolumen zur digitalen Transformation in Höhe von 2,5 Mio. EUR über den EIF investiert werden. Diese Finanzierung soll es dem EIT Digital ermöglichen, Studierenden und Lernenden, die an den EIT-Kursen teilnehmen, einen Zahlungsaufschub anzubieten und so den Zugang zu Bildung zu verbessern (z.B. über Masterprogramme). Voraussichtlich rund 500 Studierende und Lernende von EIT Digital können sich ab dem Frühsommer 2021 für eine Teilnahme am neuen Programm bewerben. Das Aufkommen neuer Technologien und die digitale Transformation von Industrie und Gesellschaft erforderten neue Bildungsprofile und Qualifikationsprofile, so die Erklärung der Kommission. Als Reaktion darauf wollten der EIF und EIT Digital gemeinsam den Zugang zu Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen erleichtern, die Studierenden und Fachkräften eine Kombination aus digitalen und unternehmerischen Fähigkeiten vermitteln. Die Vereinbarung ist Teil des „Skills & Education Guarantee Pilot“ im Rahmen des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI). Der EIF geht davon aus, dass sich in den nächsten fünf Jahren rund 120 Mio. Europäerinnen und Europäer weiterbilden oder neu qualifizieren müssen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_21_2001

EuGH; Schlussanträge über die Frage der Berechnung der Bankenabgabe für die Landesbank Baden-Württemberg

Generalanwalt Richard de la Tour hat am 27.04.2021 seine Schlussanträge in den verbundenen Rechtsmittelsachen C-584/20 P und C-621/20 P zu der Frage vorgelegt, ob das Gericht der EU (EuG) zu Recht den Beschluss des Einheitlichen Abwicklungsausschusses (Single Resolution Board) über die Beiträge für das Jahr 2017 zum Einheitlichen Abwicklungsfonds (Single Resolution Fund) für nichtig erklärt hat, soweit er die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) betrifft und die teilweise Rechtswidrigkeit der Delegierten Verordnung 2015/63 festgestellt hat. Das EuG hatte am 23.09.2020 entschieden, dass der Bescheid zur Bankenabgabe nichtig sei, da die Berechnungsparameter zu intransparent seien und so eine Überprüfung der Richtigkeit der Berechnung durch die LBBW nicht möglich war. In dem beim EuGH anhängigen Rechtsmittelverfahren schlägt der Generalanwalt erstens vor, das angefochtene Urteil aufzuheben. Zweitens solle der EuGH den streitigen Beschluss, soweit der die LBBW betrifft, erneut für nichtig erklären. Ferner schlägt der Generalanwalt vor, die Einrede der Rechtswidrigkeit der angefochtenen Bestimmungen der Delegierten Verordnung 2015/64 unter Vorbehalt zurückzuweisen, dass der Einheitliche Abwicklungsausschuss für größere Transparenz bei vertraulichen Daten Dritter sorgt.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=240421&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=8871687>

EuGH; Bedingungslose Anerkennung einer rückwirkenden Sanierungsmaßnahme eines Kreditinstituts ist unionsrechtswidrig

Am 29.04.2021 urteilte der EuGH in der Rechtssache C-504/19 Banco de Portugal, Novo Banco SA und Fundo de Resolução/VR), dass die bedingungslose Anerkennung einer rückwirkenden Sanierungsmaßnahme eines Kreditinstituts unionsrechtswidrig sei, wenn dadurch ein Kunde an der Fortführung des Hauptsacheverfahrens gehindert würde, welches er gegen die „Brückenbank“ angestrengt hat, auf welche die fragliche Verbindung zuvor übertragen worden war.. Der EuGH stellt fest, dass nach der Richtlinie 2001/24 die Sanierungsmaßnahmen grundsätzlich nach dem Recht des Herkunftsmitgliedstaats durchgeführt würden und nach den Rechtsvorschriften dieses Mitgliedstaats (MS) in der gesamten Union ohne weitere Formalität wirksam seien. Eine Ausnahme von diesem Grundsatz sei allerdings, dass für die Wirkungen einer Sanierungsmaßnahme auf einen anhängigen Rechtsstreit über einen Vermögensgegenstand oder ein Recht der Masse ausschließlich das Recht des MS gelte, in dem der Rechtsstreit anhängig ist. In seiner Würdigung erläutert der EuGH zunächst die notwendigen Voraussetzungen, damit diese Ausnahme zum Tragen kommt. Darüber hinaus stellt der EuGH fest, dass sowohl die verfahrensrechtlichen als auch die materiellrechtlichen Wirkungen einer Sanierungsmaßnahme auf ein anhängiges gerichtliches Verfahren in der Hauptsache ausschließlich durch das Recht des MS bestimmt werden, in dem dieses Verfahren anhängig ist. Im Ergebnis hält der EuGH fest, dass es gegen den Grundsatz der Rechtssicherheit und des Rechts auf einen wirksamen Rechtsbehelf verstoße, wenn eine bedingungslose Anerkennung wie oben beschrieben dazu führt, dass das Kreditinstitut, auf das die Verbindlichkeit durch eine erste Sanierungsmaßnahme übertragen worden war, rückwirkend seine Passivlegitimation für dieses anhängige Verfahren verliert.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2021-04/cp210072de.pdf>

Eurostat; Anstieg des öffentlichen Schuldenstands im Euroraum auf 98,0% des BIP

Am 23.04.2021 veröffentlichte das statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) die Zahlen zum öffentlichen Schuldenstand im Euroraum und der EU. Am Ende des vierten Quartals 2020, in dem die Auswirkungen der staatlichen Maßnahmen als Reaktion auf die COVID-19 Eindämmungsmaßnahmen in einem erhöhten Finanzierungsbedarf nach wie vor zum Tragen kamen, belief sich der öffentliche Schuldenstand im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Euroraum auf 98,0%, gegenüber 97,2% am Ende des dritten Quartals in 2020. In der EU stieg die Quote von 89,7% auf 90,7%. Verglichen mit dem vierten Quartal 2019 erhöhte sich der öffentliche Schuldenstand im Verhältnis zum BIP sowohl im Euroraum (von 83,9% auf 98,0%) als auch in der EU (von 77,5% auf 90,7%). Die Anstiege sind auf zwei Faktoren zurückzuführen: Zum einen die angestiegene Staatsverschuldung und zum anderen das sinkende BIP. In DEU erhöhte sich der Schuldenstand im Verhältnis zum BIP von 59,7% im vierten Quartal 2019 auf 69,8% im vierten Quartal 2020.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/11563051/2-23042021-AP-DE.pdf/b788cd28-6b9b-e724-5aff-1d9d408ed99c>

Kommission; Konsultation zum Zollkodex der EU

Die Kommission hat am 26.04.2021 eine öffentliche Konsultation zum Thema „Umsetzung des Zollkodex der Union“ eingeleitet. Als wichtigster Rechtsrahmen der EU für Zollangelegenheiten trat der Zollkodex 2016 in Kraft, um die zollrechtlichen Vorschriften und Verfahren zu vereinfachen und ein papierloses Arbeitsumfeld zu schaffen. Mit der Konsultation will die Kommission nun Rückmeldungen dazu einholen, ob die bis Ende 2020 eingeführten Zollvorschriften und elektronischen Zollsysteme diese Ziele erreicht haben und ob der Kodex flexibel genug ist, um auf Krisen wie die aktuelle COVID-19 Pandemie oder auch auf neue Geschäftsmodelle wie den elektronischen Handel zu reagieren. Die Konsultation läuft bis zum 19.07.2021 und richtet sich an Unternehmen, Einzelpersonen, Zollbehörden, Hochschulen und andere Interessenträger.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/11968-Mid-term-evaluation-of-the-Union-Customs-Code-/public-consultation>

EuRH; Veröffentlichung einer Analyse der von Nicht-EU-Ländern an die EU geleisteten Finanzbeiträge

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) veröffentlichte am 27.04.2021 eine Analyse der von Nicht-EU-Ländern an die EU und ihre Mitgliedstaaten (MS) geleisteten Finanzbeiträge. Diese an die EU abgeführten Beiträge gestatten es Nicht-EU-Ländern, an Programmen und Aktivitäten der EU teilzunehmen. Außerdem stellen die Staaten der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) im Rahmen der übergeordneten Regelungen, welche die EU und die EFTA-Staaten über den Zugang dieser Länder zum EU-Binnenmarkt getroffen haben, mehreren MS Mittel direkt bereit. In seiner Analyse zeigt der EuRH einige wichtige Herausforderungen auf. Darunter fallen beispielsweise die Auswirkungen des Brexit auf die entsprechenden Beiträge sowie die künftig mit den EFTA-Staaten zu führenden Verhandlungen über deren finanzielle Beiträge.

https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/RW21_03/RW_third_countries_contributions_DE.pdf

EuGH: Urteil in der Rechtssache C-511/19 (Olympiako Athlitiko Kentro Athinon)

Der EuGH hat am 15.04.2021 ein Urteil zu Fragen der Altersdiskriminierung verkündet. Geklagt hat ein griechischer Arbeitnehmer gegen Olympiako Athlitiko Kentro Athinon – Spyros Loui (OAKA). GRI hatte im Zuge der Wirtschaftskrise 2011 begonnen, ältere Beschäftigte aus dem öffentlichen Dienst unter Entgeltkürzung und der sonst üblichen Entschädigungszahlung in eine Arbeitskräftereserve zu versetzen. Der Kläger sah hierin eine Diskriminierung wegen Alters vorliegen und forderte Schadensersatz für die ihm entgangenen Mittel. Der EuGH erkennt in seinem Urteil an, dass die griechischen Maßnahmen mit einer auf Alter basierenden Ungleichbehandlung verbundenen seien. Zugleich könnten diese mit EU-Recht vereinbar sein, sofern mit ihnen übergeordnete und rechtmäßige Ziele der Arbeits- und Sozialpolitik verfolgt sowie angemessene und erforderliche Mittel angewendet würden.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=239889&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=105386>

EuGH: Urteil zur Frage des Anspruchs auf gerichtliche Feststellung einer Diskriminierung (Rechtssache C-30/19)

Der EuGH verkündete am 15.04.2021 ein Urteil zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes. Vorausgegangen ist die Klage eines chilenischen Fluggastes der schwedischen Braathens Regional Aviation AB (im Folgenden: Braathens). Dieser wurde bei einem schwedischen Inlandsflug einer zusätzlichen Sicherheitskontrolle unterzogen und sah sich ethnisch diskriminiert. Braathens zahlte dem Kläger Schadensersatz, aufgrund des schwedischen Verfahrensrecht wurde jedoch von einer Feststellung des Vorliegens einer Diskriminierung abgesehen. Der EuGH kam zu dem Urteil, dass die schwedische Vorschrift nicht mit dem europäischen Gleichbehandlungsgrundsatz vereinbar sei. Mit ihm müsse die Möglichkeit eingeräumt werden, das Vorliegen einer Diskriminierung im Rahmen eines Verfahrens und einer gerichtlichen Entscheidung über eine etwaige Verletzung dieser Rechte zu erwirken.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=239882&pageIndex=0&doclang=de&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=106025>

Gesundheit und Verbraucherschutz

EuGH; Der Zusatz von Algensedimenten zur Kalziumanreicherung widerspricht dem Unionsrecht

Am 29.04.2021 urteilte der EuGH in der Rechtssache C-815/19, dass das Unionsrecht den Zusatz der Alge Lithothamnium calcareum in biologischen Reis- und Sojagetränken zur Anreicherung von Kalzium untersagt. Im Ausgangsstreit klagte das deutsche Unternehmen Natumi GmbH, das das Getränk „Soja-Drink-Calcium“ mit einer „Bio“-Kennzeichnung und den Hinweisen „Calcium“, „mit kalziumreicher Seealge“ sowie „mit hochwertigem Calcium aus der Seealge Lithothamnium“ vertreibt, gegen ein Bußgeldverfahren des Landes Nordrhein-Westfalen. Das Unternehmen argumentierte, dass die Verarbeitung der Algensedimente nicht als Mineralstoffzusatz gewertet werden könne, da es sich um die Verwendung eines Lebensmittels handele. Mit dem Urteil vom 29.04.2021 gab der EuGH nun dem beklagten Land Nordrhein-Westfalen Recht. Die Verwendung nichtbiologischer Zutaten mit landwirtschaftlichem Ursprung bei der Herstellung von Bioprodukten sei auf Grundlage der Verordnungen über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen nur gestattet, wenn das Lebensmittel ohne

diese nicht hergestellt oder haltbar gemacht werden könne. Das Pulver erfülle diese Kriterien nicht. Die Verwendung des Pulvers diene allein der Kalziumanreicherung und müsse deshalb als Zusatzstoff verstanden werden. Eine Zulassung würde deshalb erlauben, das grundsätzliche Verbot des Kalziumzusatzes für Bioprodukte zu umgehen.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2021-04/cp210069de.pdf>

EFSA; Neue Sicherheitsbewertung des Lebensmittelzusatzstoffes Titandioxid

Am 06.05.2021 hat die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) den als Lebensmittelzusatzstoff E 171 EU-zugelassenen Farbstoff Titandioxid als unsicher eingestuft. Titandioxid kann als weißes Farbpigment und als Trägerstoff für andere Farbpigmente u.a. in Süßwaren und Überzügen zum Einsatz kommen. Die Neueinschätzung beruht auf einer von der Kommission in Auftrag gegebenen neuen EFSA-Studie, die die Genotoxizität des Stoffes aufgrund von durch unzureichende Datenlage bedingten wissenschaftlichen Unsicherheiten nicht ausschließen konnte. Noch 2016 stellte die EFSA im Rahmen einer vorgeschriebenen Re-Evaluierung fest, dass keine Bedenken über die Wirkung des Stoffes auf das Fortpflanzungssystem bestünden. Die für den gesundheitlichen Verbraucherschutz zuständige Bundesministerin Julia Klöckner forderte nun die Kommission auf, im Sinne des Vorsorgeprinzips die Zulassung von Titandioxid zurückzunehmen.

<https://www.efsa.europa.eu/de/news/titanium-dioxide-e171-no-longer-considered-safe-when-used-food-additive>

EuGH; Schlussanträge zum Schutz der geschützten Ursprungsbezeichnung „Champagne“

Am 29.04.2021 schlug Generalanwalt Pitruzzella in seinen Schlussanträgen in der Rechtssache C-783/19 vor, die Verordnung über eine gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse so auszulegen, dass Erzeugnisse mit geschützter Ursprungsbezeichnung (g.U.) gegen Praktiken kommerzieller Trittbrettfahrerei geschützt sind, unabhängig davon, ob dies Praktiken Erzeugnisse oder Dienstleistungen betreffe. Im Ausgangsstreit klagte das Comité Interprofessionnel du Vin de Champagne, eine Interessenvertretung der Champagnererzeuger, beim Provinzgericht Barcelona (ESP) auf Unterlassung der Verwendung des Ausdrucks „Champanillo“ von Gastronomiebetrieben in Katalonien (ESP). Pitruzzella stellte fest, dass der Begriff „Champanillo“ zwar visuelle und klangliche Ähnlichkeit mit der g.U. „Champagne“ aufweise, der Begriff allerdings durch das Suffix „-illo“ nach Definition der Verordnung keine „Verwendung“, sondern eine „Anspielung“ auf die g.U. darstellen könne, die jedoch auch verboten sei. Entscheidend sei nicht ein Wettbewerbsverhältnis, eine Absicht oder eine Verwechslungsgefahr, sondern lediglich eine erzeugte gedankliche Verbindung der Verbraucherinnen und Verbraucher zwischen der g.U. und der fraglichen Dienstleistung oder dem fraglichen Erzeugnis.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2021-04/cp210074de.pdf>

Rat; Deutsche Delegation fordert Ausweitung der Kennzeichnungspflicht für verarbeitete Produkte

Am 26.04.2021 ersuchte die deutsche Delegation die Kommission, die Kennzeichnungspflicht der Legehennenhaltung auf Produkte, die Eier als Zutat enthalten, auszuweiten. Dieses Vorhaben wurde auf der informellen Videokonferenz der Landwirtschaftsministerinnen und -minister von vielen Ministerinnen und Ministern unterstützt. Einige äußerten jedoch Bedenken bezüglich der steigenden

Verwaltungslast und dem finanziellen Mehraufwand der Ausweitung. Die Kommission werde das Ersuchen prüfen, so die Kommissarin für Gesundheit Stella Kyriakides.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/agrifish/2021/04/26>

Kommission; Konsultation für europäischen Raum für Gesundheitsdaten gestartet

Die Kommission hat am 03.05.2021 eine öffentliche Konsultation zum europäischen Raum für Gesundheitsdaten veröffentlicht. Der europäische Raum für Gesundheitsdaten ist ein zentraler Baustein der von der Kommission angestrebten Gesundheitsunion. Mit ihm soll das Potenzial digitaler Dienste für Gesundheitsprävention, -versorgung und -forschung entfaltet werden. Ziel der Kommission ist es, Innovation in diesen Bereichen zu fördern und zugleich die Hoheit der Bürgerinnen und Bürger über ihre personenbezogenen Gesundheitsdaten zu gewährleisten. Stellungnahmen können bis zum 26.07.2021 eingereicht werden.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12663-A-European-Health-Data-Space/public-consultation>

U m w e l t

Kommission; Dialog und Kooperation zwischen EU und China über Umweltfragen

Am 27.04.2021 fand der achte „Ministerial Environment Policy Dialogue“ (EPD) zwischen China und der EU im Kontext der bevorstehenden UN-Biodiversitätskonferenz (COP 15) in China im Oktober statt. Der Kommissar für Umwelt, Meere und Fischerei Virginijus Sinkevičius sowie der chinesische Minister für Ökologie und Umwelt Huang Runqiu versicherten sich der Absicht, der Biodiversitätskrise durch ökologische Schutz- und Wiederherstellungsmaßnahmen zu begegnen. Beide Gesprächspartner diskutierten Möglichkeiten, Kooperationen und Investitionen in den Umweltschutz, insbesondere im Bereich des Biodiversitätserhalts und der Verringerung der Entwaldung und Zerstörung von Wäldern, zu fördern und zu intensivieren. Absichtsbekundungen beider Seiten betrafen auch den erklärten Handlungsbedarf bezüglich der Luftverschmutzung, Industrieemissionen, Chemikalien und der Plastikverschmutzung der Meere. Zudem rief Kommissar Sinkevičius China dazu auf, die Bestrebungen der „Kommission zur Erhaltung der lebenden Meeresschätze der Antarktis“ (CCMLR), zwei Meeresschutzgebiete im Südlichen Ozean auszuweisen, zu unterstützen.

https://ec.europa.eu/environment/news/eu-and-china-step-cooperation-biodiversity-ahead-cop-15-2021-04-27_en

Kommission; Unterstützung der Ausweisung zweier Meeresschutzgebiete im Südlichen Ozean

Am 28.04.2021 richtete der Kommissar für Umwelt, Meere und Fischerei Virginijus Sinkevičius ein Ministertreffen aus, um für die „Kommission zur Erhaltung der lebenden Meeresschätze der Antarktis“ (CCMLR) und insbesondere die Ausweisung neuer Meeresschutzgebiete im Südlichen Ozean, im Speziellen in Ostantarktika und im Weddell-Meer, im Rahmen der Ziele der Biodiversitätsstrategie 2030 und der EU-Agenda für die internationale Meerespolitik zu werben. Die bisherigen Förderländer der CCMLR, die EU-Mitgliedsstaaten sowie GBR, Australien, Norwegen und Uruguay, erhielten weitere Unterstützung durch die Vereinigten Staaten und Neuseeland, die ein Co-Sponsoring der vorgeschlagenen Ausweisungen ankündigten. Die Einrichtung der beiden Schutzgebiete würden wesentlich dazu beitragen, die Fläche der

Schutzgebiete in der Antarktis auf 3 Mio. km² zu erhöhen und die Biodiversität der Meere zu erhalten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_2006

EP; Entschließungsantrag zum Bodenschutz

Am 28.04.2021 verabschiedete das EP eine vom Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) eingebrachten Entschließungsantrag zum Bodenschutz. Der Antrag, der von zwei Anfragen zur mündlichen Beantwortung begleitet ist, fordert die Kommission auf, einen Entwurf für einen einheitlichen rechtlichen Rahmen für den Schutz und die nachhaltige Nutzung des Bodens vorzulegen. Im Gegensatz zu Wasser und Luft seien die Instrumente des Bodenschutzes nur fragmentiert, unkoordiniert und häufig unverbindlich. Da gesunde Böden essenziell für das Erreichen der Ziele des Grünen Deals wie die Klimaneutralität, den Biodiversitätserhalt, die Produktion nachhaltiger Lebensmittel und eine schadstofffreie und widerstandsfähige Umwelt seien, müsse die Kommission Maßnahmen vorschlagen, die weitere Flächenversiegelungen minimieren sowie die Nutzung von synthetischen Düngern wie Stickstoff verringern.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20210422IPR02636/meps-call-for-eu-common-legal-framework-for-the-protection-of-soil>

EP; Billigung des LIFE-Programms für den Zeitraum 2021 bis 2027

Am 29.04.2021 billigte das EP offiziell die Einigung über das Programm für Umwelt- und Klimamaßnahmen (LIFE), das rückwirkend zum 01.01.2021 in Kraft tritt und bis 2027 ausschließlich Projekte im Umwelt- und Klimabereich kofinanziert. Das Gesamtbudget des Programms beläuft sich auf 5,4 Mrd. EUR 3,5 Mrd. EUR werden für Umweltaktivitäten und 1,9 Mrd. EUR für Klimaschutzmaßnahmen ausgewiesen. Das EU-Programm soll dazu beitragen, den Wandel hin zu einer sauberen, kreislaufforientierten, energieeffizienten, CO₂-armen und klimaresistenten Wirtschaft zu vollziehen sowie die Umwelt zu schützen und den Verlust der biologischen Vielfalt einzudämmen und umzukehren. Das Programm soll dazu beitragen, das Gesamtziel zu erreichen, mindestens 30 % der Ausgaben zur Verwirklichung von Klimazielen zu verwenden. Die Kommission soll in der Projektfinanzierung insbesondere Vorhaben von grenzüberschreitendem Interesse und einem hohen Replikations- oder Investitionspotenzial fördern.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20210422IPR02614/life-programm-investitionen-von-5-4-mrd-euro-in-klima-und-umweltprojekte>

Kommission; Konsultation zu den Fahrplänen zur Kennzeichnung von Chemikalien

Am 04.05.2021 hat die Kommission ihre Fahrpläne zur Überarbeitung der EU-Rechtsvorschriften zur Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von chemischen Stoffen und Gemischen veröffentlicht. Die im Rahmen der Umsetzung der Grünen Deals verabschiedete Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit erfordere die Aktualisierung der Verordnung. Im Rahmen der Folgenabschätzung würden nun mögliche Optionen für eine Überarbeitung der Verordnung sowie der Anhänge geprüft. Bis zum 01.06.2021 können nun Rückmeldungen über den Fahrplan der Kommission eingereicht werden. Der öffentliche Konsultationszeitraum ist für das zweite Quartal 2021 und die Annahme durch die Kommission für das vierte Quartal 2021 geplant.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12975-Revision-of-EU-legislation-on-hazard-classification-labelling-and-packaging-of-chemicals>

Kommission; Konsultation zu den Fahrplänen über die Zulassung von Chemikalien

Am 04.05.2021 hat die Kommission ihre Fahrpläne für die Überarbeitung der EU-Rechtsvorschriften für Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung von Chemikalien in der EU (REACH) veröffentlicht. Die im Rahmen der Umsetzung des Grünen Deals verabschiedete Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit erfordere die Aktualisierung der Verordnung, um Mensch und Umwelt vor gefährlichen Chemikalien zu schützen, die Entwicklung sicherer und nachhaltiger Alternativen zu fördern und das ehrgeizige Null-Schadstoff-Ziel zu erreichen. Im Rahmen der Folgenabschätzung würden nun mögliche Optionen für eine Überarbeitung der Verordnung sowie der Anhänge geprüft. Bis zum 01.06.2021 können nun Rückmeldungen über den Fahrplan der Kommission eingereicht werden. Der öffentliche Konsultationszeitraum ist für das erste Quartal 2022 und die Annahme durch die Kommission für das vierte Quartal 2022 geplant.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12959-Revision-of-EU-legislation-on-registration-evaluation-authorisation-and-restriction-of-chemicals->

L a n d w i r t s c h a f t

Kommission; Studie über Carbon Farming

Am 27.04.2021 veröffentlichte die Kommission den Abschlussbericht einer zweijährigen Studie über die Kohlenstoffanreicherung in landwirtschaftlich genutzten Böden („Carbon Farming“) in der EU. Der Studie zufolge könne Carbon Farming bedeutend dazu beitragen, die EU-Klimaziele zu erreichen. Es diene nicht nur zur CO₂-Sequestrierung, sondern begünstige zudem den Erhalt der Biodiversität und der Ökosysteme. Die Studie empfiehlt lokale und regionale Pilotprojekte zu unterstützen, um mit daraus folgenden Erfahrungswerten die Entwicklung größerer Projekte zu ermöglichen und den Beteiligten bessere Kenntnisse über mögliche Vorteile für sie zu verschaffen. In der „Vom Hof auf denTisch“-Strategie wurde angekündigt, dass „Carbon Farming“ einen Beitrag zur Erreichung der europäischen Klimaziele leisten kann und deshalb ein System entwickelt werden sollte, das diese Leistung belohnt. Der gesetzliche Rahmen für die Zertifizierung der CO₂-Senkenleistung soll unter dem Kreislaufwirtschaftsaktionsplan geschaffen werden. Mitgliedsstaaten können „Carbon Farming“ zudem durch die Ökoregelungen der Gemeinsamen Agrarpolitik finanziell unterstützen. Auf Grundlage der Studie plant die Kommission Ende 2021 eine Konsultation über Möglichkeiten, die Unterstützung von „Carbon Farming“ weiter auszubauen.

https://ec.europa.eu/clima/news/commission-sets-carbon-farming-initiative-motion_de

Kommission; Konsultation zu Kontrollstellen für ökologische Erzeugnisse aus Drittstaaten

Am 23.04.2021 veröffentlichte die Kommission den Entwurf einer delegierten Verordnung, die die Anerkennung von Kontrollbehörden und Kontrollstellen in Drittstaaten durch die EU regeln soll, um die Einfuhr von ökologischen/biologischen Erzeugnissen zertifizieren zu können. Die delegierte Verordnung soll die EU-Öko-Verordnung um die Anforderungen an Kontrollstellen, die Durchführung von Kontrollen sowie die Überwachung durch die Kommission ergänzen. Bis zum 21.05.2021 können

Rückmeldungen bei der Kommission eingereicht werden. Die Annahme des delegierten Rechtsakts ist für das zweite Quartal 2021 geplant.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12907-Organic-food-control-authorities-and-control-bodies>

Kommission; Konsultation zur Behandlung von kommunalem Abwasser

Am 28.04.2021 startete die Kommission eine öffentliche Konsultation über die Aktualisierung der Richtlinie zur Behandlung von kommunalem Abwasser. Die Sauberkeit und Sicherheit des kommunalen Abwassers sei von entscheidender Bedeutung für die öffentliche Gesundheit und die Umwelt. Eine 2019 veröffentlichte Studie der Europäischen Umweltagentur und gemeinsamen Forschungsstelle konnte bestimmte Mängel der 30-Jahre alten Richtlinie feststellen, die eine Überarbeitung erforderten. So gebe es erhebliche Verzögerungen bei der Umsetzung einzelner Mitgliedsstaaten und die Nichtberücksichtigung einiger Abwasserprobleme wie Regenüberläufe. Auch seien einige Schadstoffe wie Mikroplastik oder Medikamentenrückstände nicht berücksichtigt. Bis zum 21.07.2021 können Rückmeldungen bei der Kommission eingereicht werden. Die Vorlage des aktualisierten Richtlinienentwurfs ist für das erste Quartal 2022 geplant.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12405-Revision-of-the-Urban-Wastewater-Treatment-Directive>

Kommission; Studie über neuartige genomische Verfahren

Am 29.04.2021 veröffentlichte die Kommission eine Studie über neuartige genomische Verfahren (NGT). Die Studie wurde auf Ersuchen des Rates durchgeführt, um den Status der NGTs im Rahmen des Unionsrechts zu untersuchen. Der EuGH urteilte 2018, dass durch Mutagenese gewonnene Organismen als genetische veränderte Organismen (GVO) der GVO-Richtlinie 2001/18/EG unterliegen. Die Studie der Kommission kommt zu dem Ergebnis, dass es starke Hinweise gibt, dass die aktuelle Gesetzgebung in Bezug auf neue Technologien limitiert sei und der Anpassung bedürfe. Es sei möglicherweise nicht gerechtfertigt, unterschiedliche Regeln auf ähnliche Produkte mit ähnlichen Risiken anzuwenden, wenn sie mit herkömmlichen Züchtungsmethoden oder Neuer Gentechnik erzeugt wurden. Es wird auch hervorgehoben, dass die neue Gentechnik zu den Zielen des Grünen Deals und der „Vom Hof auf den Tisch“-Strategie beitragen könne. Gleichzeitig dürfe die Anwendung aber andere Ziele der nachhaltigen Lebensmittelerzeugung, wie den Ausbau der Bioproduktion, nicht untergraben. Die Studie wird im Mai bei der Tagung des Rats (Landwirtschaft und Fischerei) von Ministerinnen und Ministern diskutiert werden. Die Kommission plant nun, einen Vorschlag vorzubereiten. Die öffentliche Konsultation soll im dritten Quartal 2021 stattfinden. Der Vorschlag soll ein angemessenes Maß an regulatorischer Aufsicht gewährleisten und ein hohes Maß an Schutz für Umwelt und Gesundheit und gleichzeitig erlauben, Innovationen für die Erreichung der Ziele des Grünen Deals zu nutzen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_1985

Kommission; Konsultation über geschützte geografische Angaben für nichtlandwirtschaftliche Erzeugnisse

Am 29.04.2021 startete die Kommission eine öffentliche Konsultation über eine Verordnung, die den EU-weiten Schutz geografischer Angaben von nichtlandwirtschaftlichen Erzeugnissen ermöglichen soll. Zurzeit gebe es noch kein EU-weites System geografischer Angaben von z.B. Kunsthandwerk oder gewerblichen Waren, obwohl diese für lokale Identitäten, den Tourismus und somit die lokale Wirtschaft von herausragender Bedeutung seien. Ein einheitliches System könne Herstellerinnen und Herstellern helfen, in Nischenmärkten wettbewerbsfähig zu

bleiben und Verbraucherinnen und Verbrauchern über die Authentizität der Produkte informieren. Bis zum 22.07.2021 können nun Rückmeldungen bei der Kommission eingereicht werden. Die Vorlage des Verordnungsentwurfs ist für das vierte Quartal 2021 geplant.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12778-Geographical-indication-protection-at-EU-level-for-non-agricultural-products>

Kommission; Konsultation über die geschützte Bestimmung von traditionellen Begriffen im Weinsektor

Am 30.04.2021 hat die Kommission den Entwurf einer delegierten Verordnung zur Anpassung der Bestimmungsregelungen zur Änderung traditioneller Begriffe im Weinsektor veröffentlicht. Im Rahmen der delegierten Verordnung sollen die Verwendung geschützter traditioneller Begriffe im Weinsektor ergänzt werden. Die EU-Vorschriften (EU 2019/33) wurden zuvor 2019 aktualisiert. Anschließend wurde in den Bestimmungen zur Änderung traditioneller Begriffe eine Regelungslücke festgestellt, die nun geschlossen werden soll. Bis zum 28.05.2021 können Rückmeldungen bei der Kommission eingereicht werden. Die Annahme des delegierten Rechtsakts ist für das dritte Quartal 2021 geplant.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12890-Amendment-of-the-procedure-for-the-modification-of-traditional-terms-in-the-wine-sector>

Kommission; Verlängerung von flexiblen Kontrollmöglichkeiten für GAP-Förderungen

Am 04.05.2021 nahm die Kommission eine Verlängerung der flexibleren Kontrollmöglichkeiten im Rahmen der GAP-Förderungen für 2021 an, die rückwirkend für den Beginn des Jahres gelten. In Anbetracht der aktuellen COVID-19-Krise und der eingeschränkten Mobilität müssten die administrativen Belastungen der nationalen Behörden verringert werden. Die neuen Regelungen ermöglichen es, Vorortkontrollen durch alternative Beweismittel wie Satellitenbilder oder mit Geo-Tags versehene Bilder zu ersetzen oder zu reduzieren. Zudem können Kontrollen auf einen für die Mobilität günstigeren Zeitpunkt verschoben werden.

https://ec.europa.eu/info/news/commission-extends-cap-check-flexibilities-2021-2021-may-04_de

EuGH; Rechtsmittel von Bayer gegen das Verbot von Neonikotinoiden abgewiesen

Der EuGH hat am 06.05.2021 in der Rechtssache C-499/18 P die von der Bayer CropScience AG und Bayer AG eingelegten Rechtsmittel gegen die Durchführungsverordnung über die Bedingungen für die Genehmigung der Wirkstoffe Clothianidin, Thiamethoxam und Imidacloprid abgewiesen. Die Durchführungsverordnung hatte u.a. die Anwendung von Clothianidin und Imidacloprid, die zu der Gruppe der Neonikotinoide gehören und von Bayer produziert und vermarktet werden, auf Grundlage der Pflanzenschutzverordnung verboten, da diese nicht hinnehmbare Risiken für Bienen darstellten. Bayer argumentierte, dass die Kommission die Genehmigungen für die Wirkstoffe überprüft und verändert habe, obwohl keine ausreichenden neuen wissenschaftlichen Kenntnisse gegenüber dem ursprünglichen Genehmigungsverfahren vorlagen. Daher müssten die möglichen Risiken tiefergehend wissenschaftlich untersucht werden. Zudem sei insbesondere das Verbot der Wirkstoffe für die Blattbehandlung und im nicht gewerblichen Bereich nicht durch Untersuchungen der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) begründet. Am 17.05.2018 wurde die Klage vom Gericht der EU abgewiesen, woraufhin Rechtsmittel eingelegt wurden. Der EuGH wies die Rechtsmittelgründe von

Bayer nun ab. Zum einen erlaube die Pflanzenschutzverordnung der Kommission, die Genehmigung eines Wirkstoffes jederzeit ohne weitere Bedingungen zu überprüfen, zum anderen könne die Kommission nach dem Vorsorgeprinzip auch bei Unsicherheiten hinsichtlich des Umfangs von Risiken Schutzmaßnahmen treffen.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=240844&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=261451>

Justiz

EuGH; Urteil zur Haftpflichtversicherung für eingezogenes KFZ

Der EuGH hat am 29.04.2021 in der Rechtssache C-383/19 (Powiat Ostrowski / Ubezpieczeniowy Fundusz Gwarancyjny) entschieden, dass der Abschluss eines Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherungsvertrags obligatorisch ist, wenn das betreffende Fahrzeug in einem Mitgliedstaat zugelassen ist und nicht ordnungsgemäß stillgelegt worden ist. Diese Pflicht lässt sich nicht allein deshalb ausschließen, weil ein zugelassenes Fahrzeug zu einem bestimmten Zeitpunkt wegen seines technischen Zustands verkehrsuntauglich ist.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?docid=240549&mode=req&pageIndex=1&dir=&occ=first&part=1&text=&doclang=DE&cid=6718920>

EuGH; Urteil zum Europäischen Haftbefehl und des Grundsatzes „ne bis in idem“

Der EuGH hat am 29.04.2021 in der Rechtssache C-665/20 PPU (X) die Tragweite des Grundsatzes „ne bis in idem“ geklärt, der bei der Vollstreckung eines Europäischen Haftbefehls für Handlungen gilt, die bereits Gegenstand einer früheren Verurteilung in einem Drittland waren. Der EuGH stellt fest, dass die vollstreckende Justizbehörde über einen Ermessensspielraum verfügen muss, um bestimmen zu können, ob die Vollstreckung eines Europäischen Haftbefehls aus dem fraglichen Grund abzulehnen ist oder nicht.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?docid=240547&mode=req&pageIndex=1&dir=&occ=first&part=1&text=&doclang=FR&cid=6723309>

EuGH; Schlussanträge zur Rechtsstaatlichkeit in POL

Generalanwalt Tanchev hat am 06.05.2021 seine Schlussanträge in der Rechtssache C-791/19 (Kommission / POL) zur Disziplinarregelung für Richter vorgetragen. Nach seiner Ansicht sollte der EuGH urteilen, dass das polnische Gesetz über die Disziplinarregelung für Richter gegen EU-Recht verstößt.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf;jsessionid=8AC1B3808E54DCC E1C320CFC18A1C166?text=&docid=240848&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=148254>

Innere

Eurostat; 2020 über 280.000 Asylbewerber anerkannt, davon knapp 14.000 UM

Am 21. und 23.04.2021 legte Eurostat Statistiken über die Anerkennung von Asylbewerbern in der EU im Jahr 2020 vor. Danach sei in insgesamt 281.000 Fällen ein Schutzstatus anerkannt worden, was einem Rückgang um 5% gegenüber dem Vorjahr entspreche. In 127.700 Fällen (45%) sei der Flüchtlingsstatus anerkannt worden, in 72.600 (26%) subsidiärer Schutz und in 80.700 (29%) eine Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen. Unter den Personen, denen ein

Schutzstatus zuerkannt wurde, waren wie bereits im Vorjahr syrische Staatsangehörige die größte Gruppe (74.700 Personen bzw. 27% aller Personen), gefolgt von venezolanischen Staatsangehörigen (47.100 bzw. 17%) und afghanischen Staatsangehörigen (42.200 bzw. 15%). Erneut ergingen die meisten positiven Entscheidungen in DEU (98.000 Fälle bzw. 35%), gefolgt von ESP (51.200 bzw. 18%), GRI (35.800 bzw. 13%), FRA (29.400 bzw. 10%) und ITL (21.300 bzw. 8%). Zudem wurden 13.600 Asylbewerber als unbegleitete Minderjährige (UM) eingestuft. 9.100 dieser Minderjährigen waren zwischen 16 und 17 Jahre alt (ca. 67%), 3.000 (22%) zwischen 14 und 15 Jahre alt und 1.500 (11%) unter 14 Jahre alt. Die meisten UM stammten aus Afghanistan (5.495 bzw. 41%), gefolgt von Syrien (2.265 bzw. 17%) und Pakistan (1.090 bzw. 8%). Die meisten UM wurden 2019 in GRI registriert (2.800 bzw. 20%), gefolgt von DEU (2.200 bzw. 16%), AUT (1.400 bzw. 10%), BEL (1.200 bzw. 9%) sowie NDL und ROM (je 1.000 bzw. 7%). Insgesamt wurden im Jahr 2020 521.000 erstinstanzliche Entscheidungen und 232.800 endgültige Berufungsentscheidungen über Asylanträge gefällt. Dabei lag die Anerkennungsquote in erster Instanz bei 41%, in der Berufungsinstanz bei 30%. Die höchsten Anerkennungsquoten in erster Instanz erreichten Staatsangehörige Venezuelas (95%), Syriens (85%) und Eritreas (81%) und Somalias (60%).

https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/products-eurostat-news/-/ddn-20210421-2?redirect=%2Feurostat%2Fde%2Fweb%2Fmain%2Fnews%2Fwhats-new%3Fp_id%3Dcom_liferay_asset_publisher_web_portlet_AssetPublisherPortlet_INSTANCE_AJ2so9Q6Ai6F%26p_p_lifecycle%3D0%26p_p_state%3Dnormal%26p_p_mode%3Dview%26_com_liferay_asset_publisher_web_portlet_AssetPublisherPortlet_INSTANCE_AJ2so9Q6Ai6F_delta%3D20%26p_r_p_resetCur%3Dfalse%26_com_liferay_asset_publisher_web_portlet_AssetPublisherPortlet_INSTANCE_AJ2so9Q6Ai6F_cur%3D2
<https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/products-eurostat-news/-/ddn-20210423-1?redirect=%2Feurostat%2Fde%2Fnews%2Fwhats-new>

Kommission; bessere Rückführungskooperation mit Afghanistan vereinbart

Am 26.04.2021 gab die Kommission die Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung der EU und Afghanistans zur Zusammenarbeit in der Migrationspolitik bekannt. Ziel der Erklärung seien ein besseres Vorgehen gegen irreguläre Migration und die Erleichterung von Rückführungen und Wiedereingliederungen. Wichtige Aspekte seien insoweit die Bekämpfung von Menschenhandel und Schleuserkriminalität, der Schutz von Kindern und weiteren, klarer definierten schutzbedürftigen Gruppen, die nachhaltige Wiedereingliederung unter verstärkter Berücksichtigung individueller und gesellschaftlicher Bedürfnisse und gemeinsame Rückführungsaktionen der EU-Mitgliedstaaten mit Nichtlinienflügen.

https://ec.europa.eu/germany/news/20210426-eu-afghanistan_de

EP; Trilogergebnis zur Änderung des EU-Katastrophenschutzes angenommen

Im Rahmen der Plenarsitzung des EP am 27.04.2021 nahmen die Abgeordneten mit der großen Mehrheit von 641 zu 44 Stimmen bei 14 Enthaltungen das in den Trilogverhandlungen am 08.02.2021 zwischen den Verhandlungsführern von Rat und EP erzielte Ergebnis zur Änderung des Beschlusses Nr. 1313/2013/EU über ein Katastrophenschutzverfahren der Union an. Bereits am 12.02.2021 hatte der Rat das Verhandlungsergebnis angenommen. Anders als der ursprüngliche Entwurf der Kommission und das Verhandlungsmandat des EP sieht das Trilogergebnis lediglich eine Festlegung unverbindlicher Krisenresilienzziele durch die Kommission in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten vor. Zudem wurde die Zuständigkeit der Kommission für die Beschaffung von rescEU-Kapazitäten beschränkt auf den Bereich

Transport und Logistik sowie in hinreichend begründeten dringenden Fällen materielle Mittel und erforderliche Dienstleistungen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0128_DE.pdf

Kommission; neue EU-Strategie für freiwillige Rückkehr und Wiedereingliederung vorgelegt

Am 27.04.2021 präsentierte die Kommission ihre Mitteilung „Die EU-Strategie für freiwillige Rückkehr und Wiedereingliederung“, mit der die freiwillige Rückkehr und Wiedereingliederung als wichtige Elemente des gemeinsamen Rückkehrsystems und zentrale Bausteine des neuen Migrations- und Asylpakets vorangebracht werden sollen. Dazu enthält die Strategie eine Reihe von Maßnahmen, Initiativen und Empfehlungen, etwa zur Schaffung eines wirksameren rechtlichen operativen Rahmens für Rückkehr und Wiedereingliederung, zur Verbesserung der Programme für die unterstützte freiwillige Rückkehr und zur Intensivierung der Kooperation mit Herkunfts- und Transitpartnerländern.

https://ec.europa.eu/home-affairs/sites/default/files/pdf/27042021-eu-strategy-voluntary-return-reintegration-com-2021-120_de.pdf

EP; Votum für Verordnung zur Bekämpfung terroristischer Online-Inhalte

Am 28.04.2021 nahm das Plenum des EP das am 10.12.2020 erzielte Ergebnis der Trilogverhandlungen zwischen Rat und EP zur neuen Verordnung zur Bekämpfung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte an. Mithilfe der Verordnung soll es möglich sein, terroristische Online-Inhalte, wie etwa Aufrufe zum Terror oder dessen Finanzierung und Videos terroristischer Angriffe, schnell und mithilfe eines in allen Mitgliedstaaten einheitlichen Instruments aus dem Netz zu entfernen. Zu diesem Zweck gilt die Verordnung für alle Unternehmen, die Hostingdienste in der EU erbringen, unabhängig davon, ob sich ihre Hauptniederlassung in der EU befindet. Die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten können gegenüber den Unternehmen Entfernungsanordnungen erlassen, die diese zur Entfernung oder Sperrung der jeweiligen Inhalte innerhalb einer Stunde verpflichten, darüber hinaus müssen die Unternehmen unterschiedliche Maßnahmen ergreifen, um den Missbrauch ihrer Dienste zur Verbreitung terroristischer Online-Inhalte zu verhindern. Im Interesse der Rechtssicherheit enthält die Verordnung auch eine einheitliche Definition terroristischer Inhalte, zudem sind im Interesse sowohl der Unternehmen als auch der Nutzer Rechtsbehelfe gegen die Sperrungen und Entfernungen von Inhalten vorgesehen. Bereits am 16.03.2021 hatte der Rat dem Trilogergebnis zugestimmt.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0144_DE.pdf

Rat; EP; Einigung auf befristete Vorschriften zur Bekämpfung des Kindesmissbrauchs

Am 29.04.2021 einigten sich die Verhandlungsführer von Rat, EP und Kommission im Rahmen des Trilogs auf eine Verordnung mit vorläufige Vorschriften zur Bekämpfung des Kindesmissbrauchs. Diese sollen es Anbietern von Kommunikationsdiensten weiterhin ermöglichen, sexuellen Missbrauch von Kindern im Internet zu bekämpfen. Hintergrund ist das Inkrafttreten des Europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation am 21.12.2020, der eine neue Definition elektronischer Kommunikationsdienste enthält. Infolgedessen sind Anbieter von E-Mail- und Messaging-Diensten an die Vorschriften zur Vertraulichkeit gemäß der Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation gebunden, nicht mehr jedoch an die der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO). Im Unterschied zur DSGVO enthält die Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation jedoch keine Rechtsgrundlage für die freiwillige Verarbeitung von Inhalts- oder Verkehrsdaten zur Aufdeckung von sexuellem Missbrauch von Kindern im Internet. Die von der

Kommission vorgeschlagenen befristeten Vorschriften sollen es den betroffenen Anbietern ermöglichen, ihre freiwilligen Bemühungen zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern fortzusetzen. Die Kommission kündigte bereits an, bis zum zweiten Quartal 2021 Rechtsvorschriften zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern vorzuschlagen, die auch den vorliegenden Fall abdecken. Die Einigung von Rat und EP sieht vor diesem Hintergrund eine Befristung der Übergangsvorschriften bis zum Inkrafttreten eines dauerhaften Rechtsinstruments, längstens aber auf drei Jahre vor. Rat und EP müssen der Einigung noch formal zustimmen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_2463

Bildung und Kultur

Kommission; Neues Europäisches Bauhaus; Ausschreibung von Preisen

Die Kommission hat am 23.04.2021 erstmals Preise zum Neuen Europäischen Bauhaus (NEB) ausgeschrieben und möchte in den kommenden Monaten mit den Auszeichnungen erste Lösungen prämiieren. Die Kommission betonte anlässlich einer hochrangig besetzten Veranstaltung zum NEB, dass der neue Preis Teil des Wandels durch den Europäischen Grünen Deal ist. Die Preise sollen bereits fertige Beispiele ebenso wie auch neue Konzepte honorieren, welche die Werte des NEB - Nachhaltigkeit, Ästhetik und Inklusion - deutlich veranschaulichen. Mit dem Preis werden bestehende Beispiele oder neue Ideen und Konzepte in zehn verschiedenen Kategorien ausgezeichnet. In jeder dieser Kategorien gibt es zwei parallele Wettbewerbsbereiche (NEB Awards und NEB Rising Stars). Zu den adressierten Kategorien zählen u.a. die Bereiche Techniken, Werkstoffe und Verfahren für Bau und Gestaltung; Kreislaufwirtschaft; Lösungen für die parallele Entwicklung von baulicher Umwelt und Natur; Regenerierte städtische und ländliche Räume, aber auch interdisziplinäre Bildungsmodelle. Individualanträge wie auch Anträge in Konsortien sind möglich. Antragstellende unter 30 Jahre können in beiden Wettbewerbsbereichen Anträge einreichen. Anträge von Personen, die älter als 30 Jahre sind, werden nur im Rahmen der Awards entgegengenommen. Der erste Wettbewerbsbereich, die „New European Bauhaus Awards“, wird bestehenden Projektbeispielen gewidmet sein.

https://ec.europa.eu/germany/news/20210423-neues-europaeisches-bauhaus_de

Information, Kommunikation und Medien

Kommission; Erklärung des Hohen Vertreters zum Tag der Pressefreiheit

Der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, hat am 02.05.2021 für die EU eine Erklärung zum internationalen Tag der Pressefreiheit am 03.05.2021 abgegeben. Er betont, wie stark die Pressefreiheit heutzutage weltweit gefährdet ist, und dass die Pressefreiheit zu den grundlegenden europäischen Werten zählt. 2020 hätten mehr als 400 Journalistinnen und Journalisten von dem EU-Mechanismus zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern profitiert. Die EU sei bereit, mehr zu tun, sowohl innerhalb der EU als auch darüber hinaus. Der Hohe Vertreter nennt als Beispiel für innovative Ansätze den Digital Services Act, der die Verantwortlichkeit von Online-Plattformen stärkt. Er kündigt ferner die Fortsetzung des

Kampfes gegen Desinformationen sowie die Unterstützung für nachhaltige Geschäftsmodelle unabhängiger Medien an.

<https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2021/05/02/world-press-freedom-day-declaration-by-the-high-representative-on-behalf-of-the-eu/pdf>

E U – F ö r d e r p r o g r a m m e

Kommission; Aufruf zur Förderung von Kinderrechten veröffentlicht

Im Programm „Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ („Citizens, Equality, Rights and Values“ - CERV) wurde am 20.04.2021 ein Aufruf zur Einreichung von Projektanträgen zu dem Thema: Schutz und Förderung von Kinderrechten veröffentlicht. Mit dem Programm CERV soll ein Beitrag zu der grundlegenden Wertebasis der EU geleistet werden. Dazu zählen u.a. der Einsatz für Menschenrechte, Freiheit, Demokratie oder Gleichheit und die Unterstützung der Charta der Grundrechte der EU mit dem Ziel der Weiterentwicklung des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. Mit dem Programm CERV werden mehrere, früher eigenständige Programme und Förderschwerpunkte zusammengefasst. Dazu zählen das ehemalige Programm „Rechte, Gleichstellung, Unionsbürgerschaft“ unter anderem mit dem Ziel des Schutzes der Rechte von Kindern sowie auch der Daphne-Programmbereich, über den Aktivitäten zur Vorbeugung und Bekämpfung der Gewalt gegen Kinder, Jugendliche und Frauen sowie andere gefährdete Gruppen unterstützt werden können. Ebenfalls soll das Programm die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürgern am demokratischen Leben der Union sowie die Vermittlung und Verbreitung der Werte der Union über zivilgesellschaftliche Organisationen fördern. Dieses Programm wurde in der vorherigen Programmperiode unter dem Namen „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ (EfBB) geführt. Der aktuelle Aufruf soll dazu beitragen, auf die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie zu reagieren, indem Kinderrechte in den Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie und anderen Notfallsituationen Gehör finden und in diesen verankert werden. Gleichzeitig sollen geschlechtsspezifische Antworten für die verschiedenen Bedürfnisse von Kindern, die sich als Folge aus der Covid-19-Pandemie ergeben oder durch diese verstärkt werden, gefördert werden. Ein weiteres Ziel des Aufrufs sei die Einbindung von Kindern in den Entscheidungsprozess zu den Reaktionen auf die Pandemie-Maßnahmen. Aktivitäten, die gefördert werden können, sind u.a.: Bewertung von gewonnenen Erkenntnissen aus der Covid-19-Situation in Bezug auf deren Auswirkungen auf Kinderrechte und die Bereitstellung von Empfehlungen, wie Kinderrechten Gehör verschafft werden kann. Außerdem könnten Umfragen, Konsultationen, Fokusgruppen und andere Formen von Online- und (falls möglich) Offline-Veranstaltungen unterstützt werden, um sicherzustellen, dass Kinder an der Bewertung der Auswirkungen der Pandemie teilnehmen können. Insgesamt stünden für diesen Aufruf 2,16 Mio. EUR zur Verfügung. Anträge können bis zum 07.09.2021 eingereicht werden.

<https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/portal/screen/opportunities/topic-details/cerv-2021-child;callCode=null;freeTextSearchKeyword=;matchWholeText=true;typeCodes=1;statusCodes=31094501,31094502,31094503;programmePeriod=2021%20-%202027;programCcm2Id=43251589;programDivisionCode=null;focusAreaCode=null;destination=null;mission=null;geographicalZonesCode=null;programmeDivisionProspect=null;startDateLte=null;startDateGte=null;crossCuttingPriorityCode=null;cpvCode=null;performanceOfDelivery=null;sortQuery=sortStatus;orderBy=asc;onlyTenders=false;topicListKey=topicSearchTablePageState>

Kommission; Aufruf zur Vorbeugung und Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt und Gewalt gegen Kinder veröffentlicht

Mit dem ebenfalls am 20.04.2021 veröffentlichten Aufruf im Programm „Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ („Citizens, Equality, Rights and Values“ (CERV)) sollen u.a. Projekte mit den folgenden Prioritäten gefördert werden: Früherkennung, Prävention und Schutz von und/oder Unterstützung von Frauen, Kindern, jungen Menschen und LGBTIQ-Personen, die Opfer von Gewalt geworden sind oder potentielle Opfer von Gewalt sein könnten. Ein Schwerpunkt sollte auf Situationen liegen, die aus der Covid-19-Pandemie resultieren. Dabei geht es auch u.a. um die Entwicklung von Arbeitsmethoden und Instrumenten, Koordinationsplattformen und –gruppen, den Austausch von bewährten Maßnahmen, gegenseitiges Lernen, die Erstellung und Umsetzung von Datenerfassungsstrategien und -systemen und die Einrichtung von nationalen, lokalen regionalen Unterstützungszentren. Schulen können einbezogen werden. Die Kommission teilt mit, dass praktische Projekte, die spezifische Maßnahmen entwickeln und umsetzen, bevorzugt würden. Es werde besonders empfohlen, öffentliche Verwaltungen, einschließlich regionaler und lokaler Verwaltungen, aktiv in die Projektarbeit miteinzubeziehen. Insgesamt stünden für diesen Aufruf 17,7 Mio. EUR zur Verfügung. Anträge können bis zum 15.06.2021 eingereicht werden. Die Mindestantragssumme beträgt 75.000 EUR. Die Ko-Finanzierungsrate liegt bei 90%, die restlichen 10% müssen vom Antragsteller aus eigenen oder anderen Mitteln (keine weiteren EU-Mittel!) oder durch Einnahmen im Rahmen des Projekts gedeckt werden. Die Laufzeit der Projekte soll zwischen 12 und 24 Monaten betragen.

<https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/portal/screen/opportunities/topic-details/cerv-2021-daphne;callCode=CERV-2021-DAPHNE;freeTextSearchKeyword=;matchWholeText=true;typeCodes=1;statusCodes=31094501,31094502,31094503;programmePeriod=null;programCcm2Id=null;programDivisionCode=null;focusAreaCode=null;destination=null;mission=null;geographicalZonesCode=null;programmeDivisionProspect=null;startDateLte=null;startDateGte=null;crossCuttingPriorityCode=null;cpvCode=null;performanceOfDelivery=null;sortBy=sortStatus;orderBy=asc;onlyTenders=false;topicListKey=callTopicSearchTableState>

Kommission; Start neuer EU-Beratungsstellen in DEU

Am 22.04.2021 gab die Vertretung der Kommission in DEU bekannt, dass in insgesamt 48 Städten und Regionen eine neue Generation von Informations- und Aktionsbüros mit der Arbeit am 01.05.2021 beginnen wird. Dies sei besonders wichtig, angesichts des Beginns der Konferenz zur Zukunft Europas. Die Auswahl dieser neuen Europe Direct Zentren (EDIC) erfolgte in einem offenen Ausschreibungsverfahren der Kommission. In diesen Zentren sollen die Bürgerinnen und Bürger praktische Informationen zu ihren Rechten in der EU erhalten. Außerdem sollen durch sie zusätzliche Möglichkeiten geschaffen werden, damit die Bürgerinnen und Bürger aktiv an der Konferenz zur Zukunft Europas teilnehmen können. Die Informationszentren sollen auch für Schulen und Bildungseinrichtungen eine große Auswahl an Publikationen zur Verfügung stellen. Träger der Europäischen Informationszentren sind Kommunen, Länder, private Einrichtungen mit einem öffentlichen Auftrag, Volkshochschulen oder Verbände. Die erfolgreichen Bewerberinnen und Bewerber erhalten für die gesamte Förderperiode und damit bis Dezember 2025 jeweils jährlich Zuschüsse in Höhe von 38.000 EUR von der Kommission. In Hessen haben die folgenden Informationszentren den Förderzuschlag erhalten: Darmstadt, Fulda, Kassel und Offenbach. Neu in die Förderung wurde das EDIC in Fulda aufgenommen.

Die übrigen EDICs in Hessen bestanden auch bereits in der jetzt zu Ende gegangenen Förderperiode.

https://ec.europa.eu/germany/news/20210422-neue-europe-direct-zentren_de

V e r a n s t a l t u n g e n

Hessens Livestream: Zukunftstechnologie Künstliche Intelligenz

Hessens Europaministerin Lucia Puttrich und Digitalministerin Prof. Kristina Sinemus begrüßten am 27.04.2021 zu einer digitalen Veranstaltung im Rahmen der Reihe „Hessens Livestream“ in der Hessischen Landesvertretung in Brüssel zu dem Thema „Zukunftstechnologie Künstliche Intelligenz – wie die Kommission Hochrisiko-Anwendungen regulieren will“. Europaministerin Lucia Puttrich wies in ihrer Begrüßung auf die Chancen und Risiken der Künstlichen Intelligenz (KI) hin. Sie sprach sich für eine breite gesellschaftliche Debatte über die Technologie und den neuen EU-Rechtsrahmen aus. Prof. Kristina Sinemus, Hessische Ministerin für digitale Strategie und Entwicklung, stellte in ihrem Impulsvortrag das Hessische Zentrum für verantwortungsbewusste Digitalisierung (ZEVEDI) und das Hessische Zentrum für Künstliche Intelligenz, hessian.AI, vor. Sie betonte, dass die Digitalpolitik im Dienste des Menschen stehen müsse, und brachte vier Thesen des Hessischen Rats für Digialethik zu KI in die Diskussion ein: Notwendig für eine KI im Dienste des Menschen seien die Stärkung der digitalen Souveränität des Einzelnen, mehr Marktvielfalt im Bereich KI, mehr Wissen der Bürgerinnen und Bürger über die Technologie sowie mehr interdisziplinäre Forschung, um einen ethischen Ansatz bereits bei der Produktentwicklung zu fördern. Sodann erläuterte Werner Stengg, Koordinator der digitalen Politik im Kabinett der Exekutiv-Vizepräsidentin und Kommissarin für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, Margrethe Vestager, im Gespräch mit Hendrik Kafsack (FAZ) die Vorschläge der Kommission für einen neuen europäischen KI-Rechtsrahmen vom 21.04.2021. Dem Verordnungsvorschlag liege eine Pyramide zugrunde: Verbote sind eng begrenzt und betreffen nur deren „Spitze“, nämlich KI-Anwendungen, die Menschen nicht merkbar manipulieren, die Verwundbarkeit besonderer Gruppen wie Kinder ausnutzen oder Anwendungen des sog. Social Scoring. Hochrisiko-Anwendungen, die im Anhang der Verordnung aufgeführt werden, unterliegen näher definierten Anforderungen, wenn sie in der EU in den Verkehr gebracht werden sollen. Herr Stengg wies darauf hin, dass sich KI-Anwendungen im Übrigen nicht im rechtsfreien Raum bewegten – bereits heute unterliegen sie EU-Vorschriften wie z.B. der Produktsicherheitsrichtlinie oder der Datenschutzgrundverordnung. Eine noch stärkere Risiko-Differenzierung zwischen den KI-Anwendungen lehnte er mit dem Verweis, dass die Regulierung dann noch komplexer werden würde, ab. Zur Förderung von Innovationen und zur Unterstützung von Start-ups und KMU verwies Herr Stengg insbesondere auch auf die sog. Sandkästen als „Experimentierfelder“, die der Verordnungsvorschlag ausdrücklich vorsehe. Außerdem sei das Instrument der Normung dazu bestimmt, die nötige Flexibilität zu gewährleisten. Mit Blick auf die Distanz-Gesichtserkennung in Echtzeit erklärte er, die Verordnung lasse diese nur in ganz engen Ausnahmen zu, und dann auch nur zeitlich und räumlich begrenzt.

Abendveranstaltung zur Cybersicherheit von KMU

Als Auftakt des General Meetings des von der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt koordinierten Forschungsprogramms CyberSec4Europe vom 05. bis 07.05.2021 fand am 05.05.2021 mit Unterstützung der Hessischen Landesvertretung die virtuelle Abendveranstaltung „Developing SME Cybersecurity Resilience in

Europe“ statt. In seinem Grußwort hob Europastaatssekretär Mark Weinmeister die Bedeutung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) für die EU-Wirtschaft hervor, die nicht zuletzt infolge der Covid-19 Pandemie verstärkt im Internet tätig seien und dort attraktive Ziele für Cyberangriffe darstellten. Daher müsse ihr Schutz verbessert werden, Forschungsprogramme wie CyberSec4Europe könnten dazu einen wichtigen Beitrag leisten. Im Rahmen der anschließenden Podiumsdiskussion erörterten Martin Übelhör, Leiter des Referats „Cybersecurity Industry and Innovation“ in der DG CNECT der Kommission, Annika Linck, Senior EU Policy Manager der European Digital SME Alliance, Nicholas Ferguson, Digital Communications Strategist und Senior Projektmanager bei Trust-IT Services und José Francisco Ruiz, Projektkoordinator bei Atos Spain, die Herausforderungen, vor denen besonders KMU im Hinblick auf Cyberangriffe stehen. Die Podiumsteilnehmer hoben dabei insbesondere die Anfälligkeit von KMU hervor, die trotz der zunehmenden Verlagerung des Wirtschaftslebens ins Internet oftmals nicht über die Ressourcen für hinreichenden Schutz verfügten. Einigkeit bestand vor diesem Hintergrund, dass es zunächst der Schaffung eines Bewusstseins auf Seiten der KMU für die Gefahr, die von Cyberangriffen ausgehe, bedürfe, darüber hinaus jedoch auch eines Zugangs der betroffenen Unternehmen zu aktuellen Forschungsergebnissen und Lösungsansätzen. Hierbei komme dem neuen Europäischen Kompetenzzentrum für Cybersicherheit in Industrie, Technologie und Forschung mit Sitz in Bukarest eine wichtige Rolle zu.

V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Rat

- 10.05.2021 Rat (Auswärtige Angelegenheiten)
- 11.05.2021 Rat (Allgemeine Angelegenheiten)
- 17.05.2021 Informelles Treffen der Minister für europäische Angelegenheiten
- 18.05.2021 Informelles Treffen der für die Kohäsionspolitik zuständigen Minister
- 20.05.2021 Rat (Auswärtige Angelegenheiten) – Handel
- 21.05.2021 Informelles Treffen der Minister für Wirtschaft und Finanzen

Europäische Kommission

- 12.05.2021 Mitteilung über Null-Verschmutzung für Wasser, Luft und Boden
- 12.05.2021 Mitteilung über ein neues Konzept für eine nachhaltige blaue Wirtschaft in der EU

18.05.2021

Mitteilung zur Unternehmensbesteuerung im 21. Jahrhundert

Mitteilung über den globalen Ansatz für Forschung und Innovation

Europäisches Parlament

Themen Plenartagung des EP vom 17.-20.05.2021

- Eine europäische Strategie für die Integration der Energiesysteme
- Eine europäische Wasserstoffstrategie
- Haftung von Unternehmen für Umweltschäden
- Die Bedeutung der Ziviljustiz für die wirtschaftliche Erholung nach COVID-19
- Überprüfung des Solidaritätsfonds der Europäischen Union
- Herausforderungen für die Organisatoren von Sportveranstaltungen im digitalen Umfeld
- Aktionsprogramm in den Bereichen Austausch, Unterstützung und Ausbildung zum Schutz des Euro gegen Geldfälschung für den Zeitraum 2021–2027 („Pericles IV“)
- Chinesische Gegensanktionen gegen Einrichtungen der EU und gegen MdEP und nationale Abgeordnete
- Auswirkungen des Klimawandels auf schutzbedürftige Bevölkerungsgruppen in den Entwicklungsländern
- Beschleunigung der Fortschritte und Bekämpfung von Ungleichheiten bei der Beseitigung von Aids als Bedrohung der öffentlichen Gesundheit bis 2030
- Überarbeitete Industriestrategie für Europa
- Aussprache über auswärtige Angelegenheiten in Anwesenheit des Vizepräsidenten der Kommission/Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik
- Berichte 2019-2020 über die Türkei
- Berichte 2019-2020 über Montenegro
- Schutz der Menschenrechte und die externe Migrationspolitik der EU
- Neue Wege der legalen Arbeitskräftemigration
- Die Auswirkungen des Klimawandels auf die Menschenrechte und die Rolle von Umweltschützern in diesem Zusammenhang
- Digitale Zukunft Europas: digitaler Binnenmarkt und Einsatz von KI für europäische Verbraucher
- Der Interessenkonflikt des Ministerpräsidenten der Tschechischen Republik
- Das Programm Kreatives Europa

- Erasmus+, das Programm der Union für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport
- Das Programm für das Europäische Solidaritätskorps
- Fonds für einen gerechten Übergang
- Agentur der Europäischen Union für Grundrechte: Zwischenbericht
- Umwelt: die Aarhus-Verordnung
- Europäisches Kompetenzzentrum für Cybersicherheit
- Programm „Fiscalis“ für die Zusammenarbeit im Steuerbereich 2021-2027
- Data Protection Commissioner/Facebook Ireland Limited, Maximilian Schrems („Schrems II“) – Rechtssache C-311/18
- Der angemessene Schutz personenbezogener Daten vonseiten des Vereinigten Königreichs

Ausschuss der Regionen

- | | |
|------------|---|
| 11.05.2021 | CIVEX-Fachkommissionssitzung
Europäischer Demokratie-Aktionsplan
(Meinungsaustausch)
Erneuerte Südliche Partnerschaft – eine neue Agenda für den Mittelmeerraum (Meinungsaustausch)
Eine Anti-Terrorismus Agenda für die EU (Meinungsaustausch) |
| 20.05.2021 | NAT-Fachkommissionssitzung
Resilienz kritischer Einrichtungen (Abstimmung)
Neue Verbraucheragenda (Abstimmung)
EU-Aktionsplan für ökologische Landwirtschaft (Meinungsaustausch)
Europas Plan gegen Krebs (Meinungsaustausch) |

Europäischer Gerichtshof

- | | |
|------------|---|
| 10.05.2021 | Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in den Rechtsmittelsachen C-885/19 P (Fiat Chrysler Finance Europe / Kommission) und C-898/19 P (Irland / Kommission): Tax rulings – Luxemburg |
| 12.05.2021 | Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-505/19 (Bundesrepublik Deutschland (Rote Ausschreibung von Interpol)): Festnahmeersuchen über Interpol - Verbot der Doppelbestrafung |
| 12.05.2021 | Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-70/20 (Altenrhein Luftfahrt): Schadensersatz bei Verletzung durch harte Landung? |

- 12.05.2021 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-11/20 (Kommission / Griechenland (Beihilfen für landwirtschaftliche Erzeuger)): Rückforderung unzulässiger Beihilfen an griechische Landwirte
- 12.05.2021 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-124/20 (Bank Melli Iran): Verbot der Befolgung drittstaatlicher Sekundärsanktionen
- 12.05.2021 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-91/20 (Bundesrepublik Deutschland (Aufrechterhaltung der Familieneinheit)): Familienflüchtlingsschutz bei unterschiedlicher Staatsangehörigkeit in der Familie
- 18.05.2021 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in den verbundenen Rechtssachen C-83/19 (Asociația „Forumul Judecătorilor Din România“), C-127/19 (Asociația „Forumul Judecătorilor Din România“ und Asociația Mișcarea Pentru Apărarea Statutului Procurorilor), C-195/19 PJ, C-291/19 SO, C-355/19 (Asociația „Forumul Judecătorilor din România“ u. a.) und C-397/19 (Statul Român – Ministerul Finanțelor Publice): Rechtsstaatlichkeit in Rumänien
- 20.05.2021 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-8/20 (L.R. (In Norwegen abgelehnter Asylantrag)): „Folgeanträge“ auf internationalen Schutz
- 20.05.2021 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-913/19 (CNP): Gerichtliche Zuständigkeit für Klage gegen Kfz-Haftpflichtversicherer
- 20.05.2021 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in den verbundenen Rechtssachen C-748/19 (Prokuratura Rejonowa w Mińsku Mazowieckim), C-749/19 (Prokuratura Rejonowa Warszawa-Żoliborz w Warszawie), C-750/19 (Prokuratura Rejonowa Warszawa - Wola w Warszawie), C-751/19 (Prokuratura Rejonowa w Pruszkowie), C-752/19 (Prokuratura Rejonowa Warszawa - Ursynów w Warszawie), C-753/19 (Prokuratura Rejonowa Warszawa - Wola w Warszawie) und C-754/19 (Prokuratura Rejonowa Warszawa - Wola w Warszawie): Unabhängigkeit der Justiz in Polen

EuG

- 12.05.2021 Urteile des Gerichts in den Rechtssachen T-816/17 (Luxemburg) und T-318/18 (Amazon EU und Amazon.com / Kommission): Staatliche Beihilfen - Tax Rulings

- 12.05.2021 Urteile des Gerichts in den Rechtssachen T-516/18 (Luxemburg) und T-525/18 (ENGIE Global LNG Holding / Kommission): Staatliche Beihilfen - Tax Rulings
- 12.05.2021 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-178/20 (Bavaria Weed / EUIPO (BavariaWeed)): Markenstreit um BavariaWeed
- 12.05.2021 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-789/19 (Moerenhout /Kommission): Europäische Bürgerinitiative
- 18.05.2021 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-616/18 (Polskie Górnictwo Naftowe i Gazownictwo / Kommission): Mittel- und osteuropäische Gasmärkte: Verpflichtungen für Gazprom
- 19.05.2021 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-218/18 (Deutsche Lufthansa / Kommission): Staatliche Beihilfen für den Flughafen Frankfurt-Hahn
- 19.05.2021 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-465/20 (Ryanair / Kommission): Covid-19-Krise: Staatliche Beihilfen Portugals zugunsten von TAP
- 19.05.2021 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-628/20 (Ryanair / Kommission): Staatliche Beihilfen in der Covid-19-Krise: Spanischer Solvenzhilfefonds
- 19.05.2021 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-643/20 (Ryanair / Kommission): Covid-19-Krise: Staatliche Beihilfen der Niederlande zugunsten von KLM
- 20.05.2021 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-399/19 (Polskie Górnictwo Naftowe i Gazownictwo / Kommission): Beschwerde gegen Gazprom wegen Gaspreisen in Polen

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 21.05.2021.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA